

Positionspapier

Alternative **Bildungspolitik** für Thüringens Zukunft

Informationen zur Öffentlichkeitsarbeit
<http://www.afd-thl.de/k/3ndFkj>



Redaktion, Satz & Layout
AfD-Fraktion Thüringen
Redaktionsschluß 03/26

Bilder: Adobe Stock & KI-generiert

V.i.S.d.P.
Björn Höcke
AfD-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

1. Vorwort	5
2. Die deutsche Bildungstradition erneuern!	7
STRUKTUREN	11
<i>Für eine Rückbesinnung auf die Kernaufgaben</i>	11
<i>Für den Erhalt des gegliederten Schulsystems</i>	12
<i>Für eine Inklusion mit Augenmaß</i>	14
<i>Für die Gleichstellung der freien Schulen</i>	15
INHALTE UND METHODEN	16
<i>Für die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten</i>	16
<i>Für eine Rückkehr zum Leistungsprinzip</i>	18
<i>Für eine sportliche und musikalische Schule</i>	20
<i>Für einen politisch neutralen Unterricht</i>	21
BEDINGUNGEN	24
<i>Für die Beseitigung des Lehrermangels</i>	24
<i>Für ein Ende des integrationspolitischen Chaos</i>	26
<i>Für ein Lernen in Sicherheit</i>	28
<i>Für die Sanierung und den Erhalt unserer Schulen</i>	30
<i>Für eine verantwortungsvolle Digitalisierung</i>	31
3. Duale und berufliche Bildung	35
<i>Für eine Entlastung deutscher Leistungsträger</i>	35
<i>Für eine Aufwertung händischen Lernens</i>	36
<i>Für die Stärkung unserer Berufsschulen</i>	37
4. Hochschulbildung	39
<i>Für Humboldt statt Bologna</i>	39
<i>Für eine vernünftige Hochschulfinanzierung</i>	41
<i>Für die Freiheit von Forschung und Lehre</i>	41
<i>Für die Thüringer Studenten</i>	43
5. Lebenslanges Lernen	45
6. Bildung für eine nationale Wiederbelebung!	47
7. Quellenverzeichnis	49
8. Stichwortverzeichnis	51

*„Es ist nicht genug, zu wissen,
man muß es auch anwenden.*

*Es ist nicht genug zu wollen,
man muß es auch tun.“*

Johann Wolfgang von Goethe

**Liebe Mitbürger,**

die Thüringer AfD-Fraktion ist aus den Landtagswahlen des Jahres 2024 als mit Abstand stärkste Kraft hervorgegangen. Immer mehr Wähler erkennen, dass es kein Weiter-so geben kann. Die Kartellparteien haben Problemhalden in allen Politikfeldern aufgetürmt, die eine ernste Bedrohung für unsere wirtschaftliche Wohlfahrt, die staatliche Ordnung und unsere angestammte Lebensweise darstellen. Sie forcieren ihren Deutschland-schafft-sich-ab-Kurs, aber wir halten dagegen. Wir denken gründlicher und wir denken konsequent gegen den bunten Zeitgeist. Von einem deutschen Standpunkt aus analysieren wir die Lage und stellen die Reformansätze vor, die unser Land braucht, um unseren Kin-

dern als Heimat erhalten zu bleiben.

Wir machen uns nicht von Stimmungslagen abhängig. Wir haben einen klaren Kompass, der uns hilft, auch in schwerer See Kurs zu halten. Politik, gerade wenn sie auf grundsätzliche Reformen abzielt, muss zudem auf einem festen Wissensfundament gründen. Für eine Bildungspolitik, die sich nicht im Zeitgeistigen erschöpft, gilt dies in besonderer Weise. Unser Land hat großartige Bildungstraditionen hervorgebracht, die leider verschüttet sind. Bewährtes wurde Moden geopfert. Und das, was schulische, betriebliche und universitäre Bildung eigentlich leisten sollen, nämlich die Anlagen junger Menschen optimal

zur Geltung kommen zu lassen, gelingt unseren Bildungseinrichtungen immer weniger. Aber Wirtschaft, Kultur, Forschung und Demokratie sind auf gute Bildung angewiesen. Dabei zielt ganzheitliche Bildung nicht einseitig auf Ver zweckung, sondern belässt den Menschen im Mittelpunkt. Der Staat sowie private Träger sollen umfangreiche und attraktive Bildungsangebote machen, aber annehmen muss sie jeder Einzelne. Der Bildungserwerb verlangt Einsatz, aber er belohnt mit Stolz und Freude. Bildung war und ist eine Herzensangelegenheit für mich als Vater und langjährigen Lehrer.

In diesem Geiste veröffentlichte unsere Fraktion im Jahr 2017 ein erstes Positionspapier zur

Bildungspolitik. Vieles, vor dem wir damals gewarnt haben, ist leider eingetroffen. Viele neue Probleme sind dazugekommen. Die Bildung in Deutschland ist im Sturzflug, nicht nur, aber vor allen Dingen auch migrationsbedingt. Uns brechen die kulturellen Mindestbestände weg. Man sagt, gesunde Gesellschaften haben gesunde Schulen. Mit Blick auf unsere Schulen müssen wir erkennen, dass unsere Gesellschaft sehr krank ist. Damit sie gesunden kann, müssen wir wieder die bewährten, aber leider abgerissenen Traditionslinien der deutschen Bildung

aufgreifen. Vordenker wie Wilhelm von Humboldt, Johann Heinrich Pestalozzi und Georg Kerschensteiner haben Grundlegendes geleistet, um ein Bildungssystem zu schaffen, das jedem Einzelnen die optimale Entfaltung seiner inneren Kräfte ermöglicht. Es ist diese Tradition, auf die wir uns damals wie heute berufen. Denn Bildungspolitik darf nicht auf ideologischen Moden beruhen, sondern muss anthropologisch fundiert sein.

Das neue Positionspapier, das nun vor Ihnen liegt, soll dieser

Realität Rechnung tragen. Die Ziele und Forderungen, die wir darin formulieren, werden das bildungspolitische Handeln unserer Fraktion in den nächsten Jahren anleiten. Es ist der Blick in eine Zukunft, in der die Thüringer AfD-Fraktion Regierungsverantwortung übernimmt. Wir sind bereit, diesen Schritt zu gehen – für Thüringen, für die Bürger und vor allem für die Kinder dieses Freistaats. Ihrer Zukunft gilt unsere tägliche Arbeit.

Björn Höcke,

Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag

Die deutsche Bildungstradition erneuern!

Wir leben in einer geschulten Gesellschaft,¹ in der die Bildung eines Menschen maßgeblich über dessen soziale und berufliche Zukunft entscheidet. Die Erfolgchancen, die Bildung ermöglicht, reichen dabei weit über das Schicksal jedes Einzelnen hinaus. Über Millionen von Bürgern multiplizieren sie sich zu den Erfolgchancen der ganzen Nation. Eine gesunde Wirtschaft, eine effektive Verwaltung, aber auch eine lebendige Demokratie sind auf gute Bildung angewiesen. Denn Bildung ist das Werkzeug der Aufklärung, durch welche der Mensch „aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“² geführt werden soll. „Mündig ist der, der für sich selbst spricht, weil er für sich selbst gedacht hat.“³ Nur der mündige Bürger kann sein Leben eigenständig führen und an den Entscheidungsprozessen seines Gemeinwesens wirksam teilnehmen.

Die Bildung hin zur mündigen Lebensführung ist ein Auftrag von existenzieller Bedeutung.

Denn was den Menschen von den Tieren trennt, ist seine Unbestimmtheit. Sein Mangel an Instinkten und einer artspezifischen Umwelt zwingt und befähigt ihn, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen. Die Kultivierung dieser Fähigkeit erfolgt durch eine „Aneignung der offenen Weltfülle“⁴ im Lernprozess. Das vertiefte Bewusstsein über sich selbst und die Welt legt die inneren Kräfte des Einzelnen frei und ermöglicht es ihm, sie auf das Ziel seiner Selbstveredelung hin zu orientieren. Bildung darf daher nicht nur als Mittel zu einem sozioökonomischen Zweck verstanden, sondern muss als Selbstzweck anerkannt werden – eigenständige Bildung für die mündigen Bürger eines souveränen Staates. Das ist das freiheitliche Ideal der deutschen Bildungstradition im Sinne Wilhelm von Humboldts:

„Bildung bedeutet die Anregung aller Kräfte eines Menschen, damit diese sich über die Aneignung der Welt in wechselseitiger Ver- und Beschränkung harmonisch-

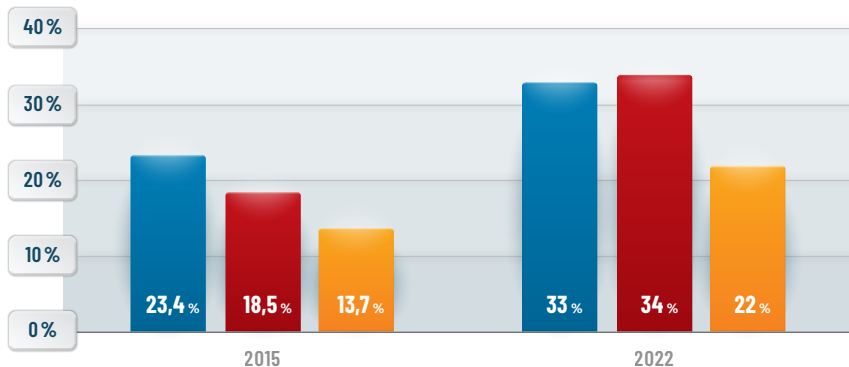
proportionierlich entfalten und zu einer sich selbst bestimmenden Individualität oder Persönlichkeit führen, die in ihrer Identität und Einzigartigkeit die Menschen bereichert.“⁵

Es ist die Aufgabe jeder Epoche, dieses Ideal auf ihre Weise zu verwirklichen. Doch seit vielen Jahrzehnten bestimmen ganz gegenteilige Zielvorstellungen die deutsche Politik. Die Tradition Wilhelm von Humboldts, die den Deutschen einst zu innerer wie äußerer Größe verhalf, ist heute nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Verdrängt wurde sie durch globale Standards, die das Bildungswesen ökonomisieren⁶ und jeden Unterschied durch Niveausenkung nivellieren. Die Eigenheiten der deutschen Kultur weichen somit einer Technokratie, welche die Schüler zu Humankapital und den Unterricht auf die Erfüllung statistischer Anforderungen reduziert. Ein Apparat linker Bildungsaktivisten unterstützt diese Gleichmacherei und erklärt den Menschen wider alle Erkenntnisse

Anteil der Schüler der 9. Jahrgangsstufe, welche die Mindeststandards im Fach Deutsch nicht erfüllen

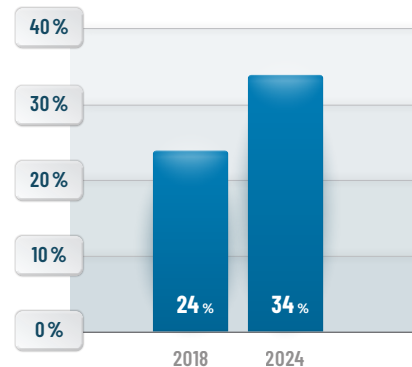
Quelle: IQB

■ Lesen ■ Zuhören ■ Orthographie



Anteil der Schüler der 9. Jahrgangsstufe, welche die Mindeststandards im Fach Mathematik nicht erfüllen

Quelle: IQB



der Wissenschaft zum „unbeschriebenen Blatt“⁷, das seinen Inhalt selbst erfinden kann. Die Frage „Was soll ich werden?“ verdrängt die Frage „Wer bin ich?“

Eine Pädagogik, die auf diesen Gedanken aufbaut, verhindert gerade die Erkenntnis und die Verwirklichung des Selbst. Der Einzelne bleibt unmündig, unfähig und unselbständig – ein Untertan: „Er soll so werden, wie ‚man‘ ihn will, aber er soll diese Fremdbestimmung mit Freude [...] über sich ergehen lassen.“⁸ Auf dieser geistigen Grundlage ist es unmöglich, Schülern jene Reife zu vermitteln, die ein Schulabschluss einst versprach. Mittlerweile verfehlt ein Fünftel der Neuntklässler in Deutschland die Mindeststandards im Fach Deutsch.⁹ Über ein Drittel von ihnen verfehlt die Mindeststandards für Mathematik.¹⁰ 2022 lagen die Durchschnittswerte im Fach Mathematik sogar

unter dem Wert des Jahres 2000, als der sogenannte PISA-Schock eine Lawine von Bildungsreformen losgetreten hatte.¹¹ Das heutige Bildungssystem verspielt aber nicht nur die Zukunft unserer Jugend, sondern verstärkt auch ihre akute Sinn- und Identitätskrise.

Die anerzogene Unfähigkeit, das eigene Selbst festzustellen und zu entwickeln, trägt dazu bei, „daß zu keiner Zeit der Geschichte der Mensch sich so problematisch geworden ist wie in der Gegenwart“.¹² Statt selbstbewusst und sich ihrer selbst bewusst zu sein, leidet unsere Jugend unter Resignation und Einsamkeit. Trotz alledem verortet die etablierte Politik die Lösung dieser Probleme in der Ausweitung jenes Systems, welches sie erst verursacht hat. Kindergärten mutieren zu Bildungs- und Schulen zu Erziehungsstätten. Der Einzelne wird immer früher

aus dem natürlichen Zusammenhang der Familie isoliert, genormt und indoktriniert. Diese geistige Verarmung spiegelt sich auch in den materiellen Umständen der Schulen wider. Falls der Unterricht bei hohem Lehrermangel überhaupt stattfinden kann, dann in oftmals maroden Gebäuden, die sich im Zuge einer unkontrollierten Masseneinwanderung zu multikulturellen Konfliktzonen entwickelt haben.

Außerhalb des allgemeinbildenden Schulbetriebs setzt sich die Misere in der Hochschul- und Berufsausbildung fort. Ökonomisierung und Ideologisierung der Bildung gehen mit einem kulturellen Druck zum Studium einher, der politisch gefördert wurde. Die Berufsschulen werden systematisch vernachlässigt, während die Hochschulen Massen von Studenten nach industrieller Manier abfertigen.

Der damit verbundene Mittelbedarf bringt die Hochschulen in eine noch stärkere finanzielle Abhängigkeit von der Politik sowie von Unternehmen und internationalen Organisationen. Davon profitiert auch und vor allem ein Komplex linker Aktivisten, die sich in den Hochschulgremien festgesetzt haben und von dort aus ihren Machtanspruch geltend machen. Der Universitätsgedanke weicht somit einem verschulanten Angebot von Modenfächern und Ideologieprojekten.

Alle diese Probleme sind deutschlandweit anzutreffen, in Thüringen jedoch besonders ausgeprägt. Schon in den 2000er-Jahren begannen die

Koalitionspartner CDU und SPD, die Substanz des Bildungssystems wegzurationalisieren. Die Einstellungszahlen für neue Lehrer erreichten einen Tiefpunkt, notwendige Investitionen wurden nicht getätigt. Stattdessen forcierte man neue Bildungspläne, Lehrmethoden und Schularten, welche bewährte Strukturen und Inhalte untergruben. Rot-Rot-Grün führte diese Linie noch brachialer fort und setzte die eigenen Ideologieprojekte rücksichtslos durch.

Die Bilanz nach zehn Jahren sind immer schlechtere Leistungen in den Kernfächern,¹³ eine Schulabbrecherquote von zehn Prozent¹⁴ und ein Unter-

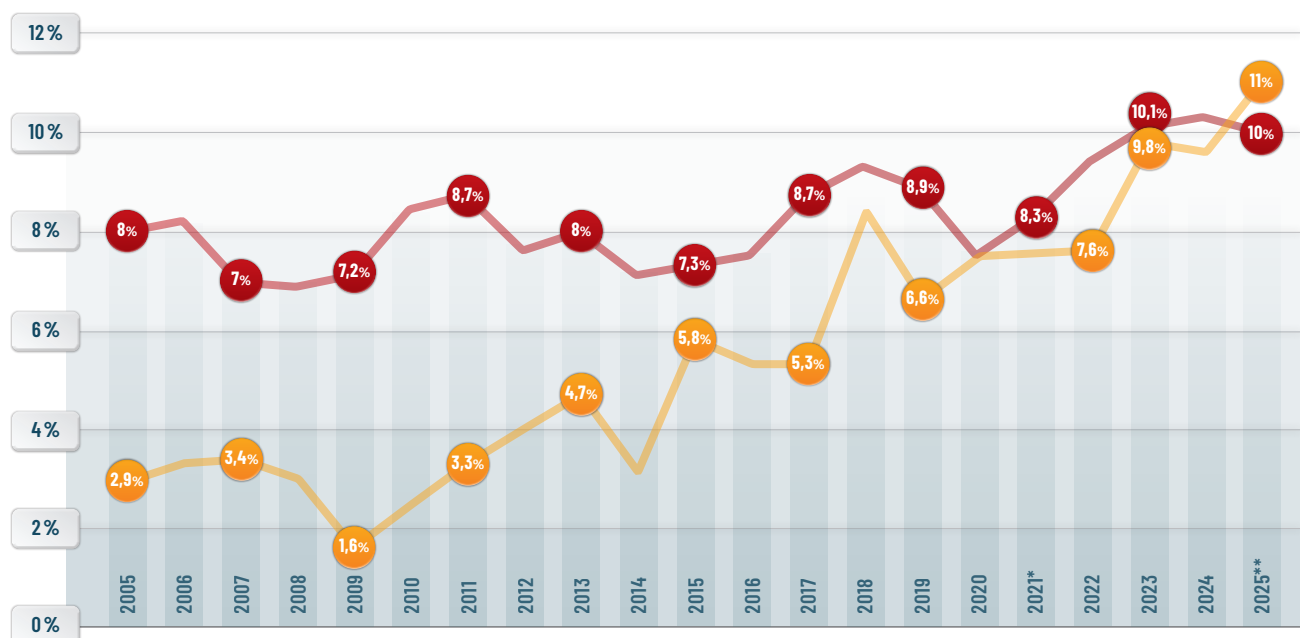
richtsausfall von etwa elf Prozent¹⁵ – wobei diese Zahl durch fachfremden Unterricht und die Kürzung der Stundentafel die Verhältnisse bereits beschönigt. In den Berufsschulen spitzt sich die Personalsituation dramatisch zu. An den Hochschulen sind linksextreme Strukturen mittlerweile fest verankert. Von der neuen Landesregierung, die die Vertreter der verantwortlichen Parteien lediglich neu kombiniert, ist keine Lösung dieser Probleme zu erwarten. Doch zum Glück gibt es eine Alternative.

Diese Alternative scheut sich nicht davor, die Dinge so zu benennen, wie sie sind. Diese Al-

Schulabbrecher und Unterrichtsausfall in Thüringen

■ Schulabbrecherquote ■ Unterrichtsausfallquote

*keine Erhebung des Unterrichtsausfalls; **Schulabbrecherquote prognostiziert; Quelle: SIB



ternative will die langen Jahre der Stagnation beenden. Und: Seit der Landtagswahl 2024 ist diese Alternative die stärkste Kraft in Thüringen. Ungeachtet der Versuche, uns von der Regierungsverantwortung fernzuhalten, begreifen wir dieses Votum als einen Gestaltungsauftrag. Die Thüringer Bürger brauchen,

verlangen und verdienen einen echten Politikwechsel, der die Rahmenbedingungen eines nationalen Wiederaufstiegs schafft.

Die Befreiung des Bildungssystems ist dabei von ausschlaggebender Bedeutung. Blinde Reformwut muss der lebendigen

Tradition weichen, damit unsere Jugend und damit unser Land wieder eine Zukunft haben. Wir wollen die deutsche Bildungstradition erneuern – für eine starke Bildung mündiger Bürger in einem souveränen Staat. Das ist das zentrale bildungspolitische Ziel der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag.

Schulische Bildung

STRUKTUREN

Für eine Rückbesinnung auf die Kernaufgaben

Der Bildungsweg beginnt mit der Schule. Schon dies ist in unseren Zeiten eine politische Aussage. Denn seit Jahren dringt der Staat immer tiefer in die Sphäre der familiären Erziehung vor. Deutlich offenbart sich diese Zielsetzung im „Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre“, einem Dokument, welches beispielhaft für die Eintracht der Altparteien in Thüringen steht. Denn es handelt sich hier lediglich um die rot-rot-grüne Erweiterung des „Thüringer Bildungsplans für Kinder bis 10 Jahre“, der 2008 von CDU und SPD entwickelt worden war.

Dementsprechend wird der Bildungsplan auch von der neuen Landesregierung fortgeschrieben und zieht sich wie ein roter Faden durch die Regierungspolitik unseres Freistaates – von Christine Lieberknecht über Bodo Ramelow bis zu Mario Voigt.

Der gemeinsame Nenner von Linker bis CDU ist nichts Geringeres als ein Angriff auf die Familie, wie wir sie kennen und wie sie sich über Jahrtausende natürlich entwickelt hat. Auf fast 300 Seiten propagiert der Bildungsplan das Aufbrechen sozialer und familiärer Gefüge und die Entfremdung von Eltern und Kindern zugunsten staatlicher Erziehung. Im Namen einer „woken“ Pädagogik sollen unsere Kinder so früh wie möglich mit Sexualität, Diversität und sogenannter Nachhaltigkeit konfrontiert werden, obwohl diese Themen in elterlicher Verantwortung liegen. Wir lehnen diese Art der frühkindlichen „Bildung“ vehement ab und fordern nach wie vor die Abschaffung des Bildungsplans.

Allgemein wollen wir darauf hinwirken, dass Bildung und Erziehung wieder klarer getrennt werden. Die Vorverlegung der Bildung in das frühe Kindesalter ist ein Einfallstor für ideologische Indoktrination und löst die Bildungsprobleme unseres

Landes nicht. Denn junge Kinder lernen nicht intellektuell, sondern vor allem im Spiel.¹⁶

Im Spiel erfahren sie sich selbst und ihre Umwelt in wechselseitiger Abhängigkeit und beginnen ihre inneren Kräfte ganzheitlich zu entfalten. Die besten Umstände für diese spielerische Interaktion finden sich dabei in der natürlichen Einheit der Familie. „Die Bildungsfähigkeit entsteht ganz natürlich durch die Zuwendung, durch die intensive, opferbereite Liebe für dieses Kind.“¹⁷ Wir wollen diese Liebe unterstützen. Die familiäre Erziehung im eigenen Zuhause darf gegenüber dem Besuch eines Kindergartens nicht benachteiligt werden.

Der Grundsatz, dass Bildung bildet und Erziehung erzieht, muss dann auch in der Schule gelten. Über die Jahre sind aus unseren Bildungseinrichtungen die Reparaturstätten einer kaputten Gesellschaft gemacht worden. Lehrer müssen heute nicht nur lehren, sondern auch

erziehen, therapieren, inkludieren und integrieren. Jede dieser Aufgaben ist mit einer Fülle von bürokratischen Anforderungen verbunden. Wir unterstützen den Einsatz von Schulpsychologen, Schulverwaltungsassistenten und Schulsozialarbeitern, um Lehrer von diesen Aufgaben zu entlasten. Dabei darf jedoch nicht verkannt werden, dass Erziehung, Integration und Gesundheit nicht Ziele der Bildung sind, sondern deren Voraussetzungen.¹⁸

Zuletzt bedeutet die Rückbesinnung der Schule auf ihre Kernaufgaben, dass ihre Rolle in der Freizeitgestaltung der Jugendlichen reduziert wird. Wesen und Ziel des Schulbetriebs verlangen

völlig andere Umstände, als für die Entwicklung einer gesunden Jugendkultur von Vorteil sind. Deswegen befürworten wir die Umsetzung von Ganztagschulkonzepten ausschließlich in offener Form. Jugendlichen muss der Raum gegeben werden, ihre Freizeit selbst zu gestalten. Zu diesem Zweck gilt es, die Jugendzentren im Freistaat nicht nur finanziell zu stärken, sondern auch sie zu entpolitisieren. Denn viele Jugendzentren sind de facto zum Hort extremistischer Aktivisten geworden. Wir wollen dem ein Ende bereiten. Unsere Jugend muss ihre Kultur in Freiheit und Freude selbst bestimmen können. Eine politische Steuerung von Jugendzentren ist mit diesem Ideal unvereinbar.

Für den Erhalt des gegliederten Schulsystems

Die Verschiedenartigkeit der Menschen bedingt, dass ihre inneren Kräfte jeweils unterschiedlich ausgeprägt sind. Wege und Ziele ihrer persönlichen Entfaltung können nicht in Einheitsschemata gepresst werden. Um je das Beste aus sich selbst herauszuholen, brauchen verschiedene Typen von Schülern verschiedene Arten von Bildung. Und dafür braucht es verschiedene Schultypen mit je eigenen Bildungskonzepten. Denn das oft wiederholte Mantra des gemeinsamen Unterrichtes bei individueller Förderung ist praktisch nicht umsetzbar. Vielmehr ist es möglich und geboten, Gruppen



von Schülern mit ähnlichen Begabungen zusammenzufassen und entsprechend diesen Begabungen zu unterrichten. Das ist echte Bildungsgerechtigkeit. Doch im gleichmacherischen Weltbild der etablierten Parteien ist für die Natur des Menschen kein Platz übrig.

Zehn Jahre lang bereitete die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen daher die Einführung der Einheitsschule vor. Vehikel dieses Vorhabens sind die Thüringer Gemeinschaftsschulen, die mit zahlreichen Privilegien versehen werden. Grund- und Regelschulen, die unter Sanierungsbedarf und Personalmangel leiden, schließen sich zu Gemeinschaftsschulen zusammen, um diese Privilegien zu erhalten – und treten damit in Konkurrenz zu den Gymnasien. Diese bluten aus, bis sie schließen oder sich anschließen. Auf diese Weise stieg die Zahl der Gemeinschaftsschulen in Thüringen von 2010 bis 2025 von 10 auf 82.¹⁹ Der Wechsel zur schulstufenbezogenen Lehramtsausbildung, der diese Entwicklung zementieren sollte, konnte nur verhindert werden, weil eine starke AfD-Fraktion die rot-rot-grüne Koalition 2019 in eine Minderheitsregierung verwies. Doch die übrigen Mechanismen, welche die Einheitsschule forcieren, bestehen fort. Die neue Landesregierung verweigert

sich der Rückabwicklung rot-rot-grüner Bildungspolitik und verkauft diese Verweigerung als Schulfrieden. Wir sind der Ansicht: Der Schulfrieden ist erst wiederhergestellt, wenn das gegliederte Schulsystem nicht mehr untergraben wird. Die Koexistenz von Regelschulen und Gymnasien ist kein Standesdünkel, sondern eine bewährte Errungenschaft der deutschen Bildungstradition. Denn neben Wilhelm von Humboldt, dessen humanistisches Ideal die Gymnasien prägte, steht auch Johann Julius Hecker, welcher 1747 die erste Realschule gründete. Sein berufs- und praxisorientiertes Konzept stand nie im Gegensatz oder in Konkurrenz zum Gymnasium. Beide Schultypen ergänzen sich gegenseitig und formieren somit ein ganzheitliches Bildungssystem.

Der Erfolg dieser Koexistenz ruht auf zwei Säulen. Erstens muss die Trennung der Lern- und Schulformen früh vorgenommen werden. Wesentliche Unterschiede zwischen den Lerntypen der Schüler treten beim Übergang in die fünfte Klasse klar hervor. Werden diese Schüler länger gemeinsam unterrichtet, erhält keine Gruppe die für sie beste Bildung, sondern man unterzieht sie einem gleichmacherischen Mittelmaß. Die Möglichkeit, zwischen Schulformen zu wechseln, muss

dabei selbstverständlich erhalten bleiben. Die Durchlässigkeit muss optimal sein, damit jedes Kind die ihm angemessene Bildung erhält. Zweitens müssen die verschiedenen Schulformen auch unterschiedliche Lehr- und Lernformen anwenden. Der Zweck des gegliederten Schulsystems ist es nicht, Schüler nach ihrem wahren oder vermeintlichen Leistungsniveau zu selektieren, sondern zwei sich gegenseitig ergänzende Arten von Bildung zur Verfügung zu stellen.

Die Regelschule soll kein „Gymnasium light“ sein. Das Gymnasium dient vor allem der intellektuellen Vorbereitung auf das Studium, während die Regelschule praktisch auf den Beruf vorbereiten soll. Der Unterricht muss dementsprechend so gestaltet sein, dass Regelschüler eine solide Grundausbildung und Gymnasiasten eine echte Hochschulreife vermittelt bekommen. Werden diese Kriterien erfüllt, so erfüllen die Schulen auch ihren gesellschaftlichen Auftrag in ausgewogener Weise.

Was passiert, wenn diese Kriterien nicht erfüllt werden, sehen wir jeden Tag: Seit Jahren ist der Anteil der Abiturienten zu hoch, während die Zahl der Auszubildenden schrumpft. Die Verantwortung hierfür liegt bei der Landesregierung, die falsche

Anreize geschaffen und den Regelschulabschluss abgewertet hat.

Vielen Schülern wurde das Bild vermittelt, dass nur ein Studium zu Erfolg, Anerkennung und Selbstverwirklichung führen könne. Immer mehr Berufe setzten einen akademischen Abschluss voraus, obwohl dies meist nicht zielführend war. Die Inflation der Abiturnoten bestärkt diese Entwicklung, an deren Ende die Entwertung akademischer Abschlüsse steht. In der Folge wurden viele Akademiker in prekäre Verhältnisse gestürzt. Doch wir sehen bereits heute, dass dieses Pendel wieder in die entgegengesetzte Richtung zu schwingen beginnt. Die Nachfrage nach gut ausgebildeten, praktisch orientierten Fachkräften steigt stetig an. Es gilt, diesen Trend zu nutzen, um Regelschulen und Gymnasien wieder in Balance zu bringen. Die Regelschule muss ihrem Namen entsprechend wieder zum Regelfall und zum kraftvoll schlagenden Herz des thüringischen Bildungssystems werden.

Nichtsdestoweniger erkennen wir das Erfordernis einer Elite im Sinne einer Bestenauslese an. Die fünf Thüringer Spezialgymnasien bieten dafür bereits viele Möglichkeiten. Sie zu besuchen, muss allen einschlägig begabten Schülern möglich

sein. Allerdings fokussieren die Spezialgymnasien sich eben auf spezifische Bereiche – in Oberhof, Erfurt und Jena ist es der Sport, in Weimar die Musik und in Schnepfenthal sind es die Sprachen. Wir wollen die Hochbegabtenförderung um ein ganzheitliches Angebot erweitern. Daher setzen wir uns für die Gründung eines Thüringer Elitegymnasiums mit einer natur-, geistes- und sozialwissenschaftlichen Ausrichtung ein. Darüber hinaus sollen Angebote für Hochbegabte an allen Schulen verfügbar gemacht werden.

Für eine Inklusion mit Augenmaß

Zur Anerkennung menschlicher Unterschiede gehört es, die Bedürfnisse von behinderten Kindern besonders zu berücksichtigen. Geistige und körperliche Beeinträchtigungen bedingen die inneren Kräfte eines Kindes sowie die Voraussetzungen, unter denen diese entfaltet werden können. Die gezielte Förderung von Kindern mit Behinderungen ist daher von zentraler Bedeutung, um allen Kindern unseres Landes eine angemessene Bildung zu ermöglichen. Dieses Bekenntnis ist der Grundstein der Sonderpädagogik, deren Tradition in Deutschland fast so lange zurückreicht wie die des Humboldt'schen Bildungsideals. Den grundlegenden Schriften von Jan-Daniel Georgens und

Heinrich Marianus Deinhardt geht dabei noch das Engagement des Pädagogen Samuel Heinicke voraus, der 1778 die erste Schule für Gehörlose in Deutschland gründete.

Wir stehen hinter diesem Erbe der sonderpädagogischen Förderung. Ohne sie bleibt das Recht auf Bildung, wie es das Thüringer Schulgesetz normiert, eine folgenlose Floskel. Es ist die Aufgabe des Staates, es zu ermöglichen, dass Kinder mit Behinderungen jene Unterstützung erhalten, welche die Entfaltung ihrer Kräfte angemessen fördert. Wo das im Rahmen des regulären Unterrichts realisiert werden kann, ist dies zu begrüßen. Doch oft benötigen Kinder mit Behinderung gänzlich andere Lernkonzepte und -umgebungen, als an Regelschulen und Gymnasien vorhanden sind. In solchen Fällen ist es weder zielführend noch gerecht, ihre Inklusion zu erzwingen – insbesondere dann nicht, wenn der Wille der Eltern dem widerspricht. Doch seit Jahren ist dieser Zwang zur pauschalen Inklusion die gängige Praxis im Freistaat Thüringen.

Mit bürokratischen Schikanen werden Eltern dazu gedrängt, ihr förderbedürftiges Kind auf einer regulären Schule anzumelden, auch wenn sie eine Förderschule bevorzugen. Selbst



bei Kindern, deren sonderpädagogischer Förderbedarf bereits festgestellt wurde, wird ein zweites, langwieriges Gutachten verlangt, während keinerlei besondere Voraussetzungen für den Besuch einer Regelschule oder eines Gymnasiums gelten. Durch schrumpfende Schülerzahlen sollen die Förderschulen im Freistaat langfristig geschwächt werden, bis man sie letztlich schließt. Für die Landesregierung sind der Elternwille und die Zukunft unserer behinderten Schüler lediglich Bauernopfer im Kampf gegen die Förderschule. Wir wollen diese Praktiken umgehend beenden. Wir fordern eine Inklusion mit Augenmaß, die den Willen der

Eltern achtet und das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt stellt.

Für die Gleichstellung der freien Schulen

Die bisherige Bildungspolitik in Thüringen sorgt nicht nur in den staatlichen Schulen für zahlreiche Probleme. Auch die 159 Schulen in freier Trägerschaft sind hiervon betroffen. Von Waldorf über Montessori und Pestalozzi bis zu konfessionellen Schulen bilden sie eine vielfältige Ergänzung staatlicher Bildung. Wir sehen in den freien Schulen keine Konkurrenten, sondern Partner des staatlichen Schulsystems. Sie bieten den Eltern Wahlfreiheit, leisten ih-

ren Beitrag zur Abdeckung des Schulnetzes und liefern wichtige Impulse für die Entwicklung der Bildungslandschaft. Thüringen ist eine Region mit einer besonders reichen Geschichte reformpädagogischer Ansätze, von denen viele in freien Schulen ihren Anfang nahmen. Auch dies ist eine Linie der deutschen Bildungstradition, die es wert ist, erhalten zu werden.

Aus diesem Grund unterstützen wir die finanzielle und personelle Gleichstellung der freien Schulen. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die Gehälter für Lehrer an freien Schulen denjenigen der Lehrer an staatlichen Schulen entsprechen können.

Wo dies nicht der Fall ist, werden die freien Schulen im Wettbewerb um die besten Lehrer benachteiligt und müssen zum Ausgleich oft die Elternbeiträge erhöhen. Die Wahlfreiheit vieler Familien wird hierdurch eingeschränkt.

Die freien Schulen bluten aus und werden mittelfristig in den Ruin getrieben. Dieser Zustand ist unserer Region abträglich und begünstigt die Entwicklung zur Einheitsschule, welche die Altparteien faktisch anstreben. Es ist an der Zeit, die freien Schulen unseres Freistaates als einen ebenbürtigen Teil unseres Bildungssystems anzuerkennen.

INHALTE UND METHODEN

Für die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten

Neben den Strukturen gilt es auch, die Inhalte und Methoden unseres Bildungssystems zu erneuern. In dieser Hinsicht war keine bildungspolitische Reform der letzten Jahrzehnte so folgenreich wie die Einführung des sogenannten kompetenzorientierten Unterrichts. Traditionell zielte das deutsche Bildungssystem Humboldt'scher Prägung auf den Erwerb von Wissen und Fertigkeiten ab. Diese beiden Aspekte verkörpern die objektive Realität und das subjektive Han-

deln des Schülers und verbinden sie zu einer kategorialen Bildung im Sinne Wolfgang Klafkis: „Bildung nennen wir jenes Phänomen, an dem wir unmittelbar der Einheit eines objektiven, materialen und eines subjektiven formalen Moments inne werden.“²⁰

Doch seit den frühen 2000er-Jahren stehen weder Wissen noch Fertigkeiten im Mittelpunkt des Unterrichts, sondern sogenannte Kompetenzen. Dieser Wechsel entbehrt dabei jeglicher pädagogischen Grundlage, denn „Kompetenzorientierung ist nicht eine Erfindung von Pädagogen, sondern von der

Anlauttabelle nach Jürgen Reichen



OECD“²¹. Es handelt sich um ein technokratisches Konzept, das ausschließlich dazu entwickelt wurde, Länder besser vergleichen und einander angleichen zu können. Statt die Bildung zu verbessern, dient es der Nivellierung von kulturellen Eigenheiten und schulischer Leistung.

In dieser nivellierenden Zielsetzung steckt eine totalitäre Tendenz: „Kompetenzschulung bildet den Menschen nicht, sondern sie modelliert den Menschen.“²² Denn in der Praxis bedeutet Kompetenzorientierung eine Zerstückelung des ganzheitlichen Lernprozesses in abstrakte, standardisierte Einheiten. Diese sind für die Verwaltung einfach zu erheben, transportieren für die Schüler aber keinen Lerninhalt. Und ohne inhaltliches Fachwissen, auf das Fertigkeiten angewandt werden können, kann es kein Lernen geben, auch kein Lernen von Kompetenzen.

Vielmehr werden die Schüler daran gewöhnt, die formalen Anforderungen der Statistik reflexhaft zu erfüllen. Die hierin vorgenommene Abkehr vom humanistischen Kern der Humboldt'schen Bildungstradition hat den Unterricht in Deutschland konsequent sinnentleert:

„Über Wissen zu verfügen, ist die wichtigste Kompetenz. Nur auf

*der Grundlage eines profunden Wissens sind die geforderten instrumentellen Fertigkeiten, wie diskutieren, kritisch reflektieren und präsentieren, erst sinnvoll anzuwenden.“*²³

Das technokratische Denken, welches hinter der Kompetenzorientierung steckt, ist auch für die Einführung fragwürdiger Modelfächer verantwortlich. Auf neue Themen und Trends wird bevorzugt mit einem zusätzlichen Fach reagiert, welches die Behandlung aktueller Entwicklungen symbolisch abhakt, ohne die Schüler wirklich vorzubereiten. Wir wollen die Stundentafel entschlacken und eine ehrliche Diskussion darüber führen, welche Lehrinhalte in welchem Umfang tatsächlich nötig beziehungsweise zielführend sind.

Dabei gilt: Die Fähigkeiten, die man zur Bewältigung sich verändernder Lebensumstände benötigt, werden vor allem in den Kernfächern Deutsch und Mathematik entwickelt. Lesen, Schreiben, Rechnen und Sprechen sind die Ecksteine einer jeden Bildung. Sie formieren die grundlegenden Denkstrukturen, auf denen Logik und Kritik naturgemäß aufbauen. Deutsch und Mathematik sind die wichtigsten Fundamente unserer Bildung, aber auch die Fächer, in denen die Leistung unserer Jugend am deutlichsten absinkt.

Mitursächlich für diesen Leistungsabsturz ist der Einsatz experimenteller Lehrmethoden, besonders im Fach Deutsch. So begünstigte die Landesregierung über viele Jahre hinweg das sogenannte „Lesen durch Schreiben“, auch als „Schreiben nach Gehör“ bekannt. Dabei handelt es sich um eine Methode zum Schriftspracherwerb, bei der die Schüler ein Wort so schreiben sollen, wie es klingt. Daraus resultierende Rechtschreibfehler, zum Beispiel die gleiche Schreibung von „Kante“ und „kannte“, werden nicht korrigiert. Diese Methode und der ihr zugrundeliegende Sprachenerfahrungsansatz werden von zahlreichen Lehrern und Erziehungswissenschaftlern vehement kritisiert. Denn erwiesenermaßen führt „Lesen durch Schreiben“ gerade bei leistungsschwächeren Schülern zu weitaus schlechteren Lernergebnissen als der traditionelle Fibelunterricht.²⁴

Aus diesen Gründen haben mehrere Bundesländer den Einsatz dieser Methode bereits untersagt. Wir lehnen die „Lesen durch Schreiben“-Methode ab und betonen den Einsatz bewährter Mittel des Rechtschreiberwerbs.²⁵ Dazu gehört neben dem Fibelunterricht auch das Erlernen der Schreibschrift. Verbundene Schriftarten haben nachweislich positi-

ve Lerneffekte gegenüber der Grund- oder Druckschrift: Die Beanspruchung der Feinmotorik fördert die Hirnaktivität und damit die Sprachkreativität der Schüler. Verbundenes Schreiben trägt dazu bei, dass ein Wort als vollständige Gedankeneinheit verstanden wird.²⁶ Aus diesen Gründen wollen wir die Thüringer Lehrpläne dahingehend anpassen, dass der Erwerb einer Schreibschrift einheitlich und verbindlich vorgeschrieben wird.

Für eine Rückkehr zum Leistungsprinzip

Die Entfaltung der eigenen Kräfte ist eine Aufgabe, die nur vom Schüler selbst geleistet werden kann. Es gibt keine Bildung ohne Leistung. Diese erfordert sowohl Disziplin als auch Motivation –

beides Eigenschaften, welche im heutigen Unterricht kaum gepflegt werden. An ihre Stelle tritt eine falsche Dichotomie aus kalter Leistungsorientierung und anspruchloser Kuschelpädagogik: Statt hart an seiner Selbstveredelung zu arbeiten, soll der Schüler lediglich die Anforderungen der Bildungsbürokratie erfüllen und an seiner Verwertung auch noch Freude finden. Dabei gilt: „Wer das Wollen eines Menschen lenkt, hebt dessen Selbstbestimmung aus.“²⁷ Wir lehnen diese Entwicklung ab. Unser Ziel ist eine Schule, an der Motivation und Disziplin Hand in Hand für die Selbstentfaltung unserer Schüler gehen, frei nach dem Motto: „Werde, der du bist!“²⁸

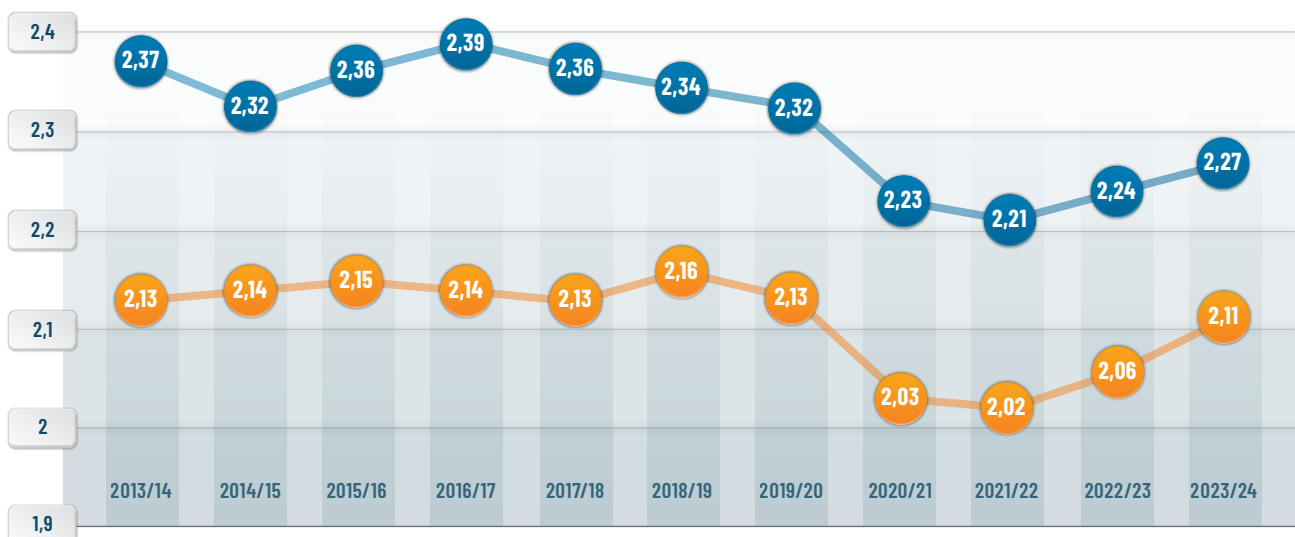
Wer nun aber Leistung einfordert, der muss die Kenntnisse und Fertigkeiten der Schüler auch verlässlich messen können.

Dafür ist das beste Mittel nach wie vor die klassische Schulnote. Wir befürworten die Beibehaltung des bewährten Notensystems sowie die Einführung von Kopfnoten ab der zweiten Klasse. Noten dienen dabei nicht allein der Bewertung, sondern vor allem auch der Anzeige von Lernlücken, sodass diesen rechtzeitig entgegengesteuert werden kann. In diesem Sinne dürfen schlechte Noten nicht als der Schlusspunkt eines Scheiterns angesehen werden, sondern als ein Auftrag. Ein Auftrag für den Schüler, seine Kräfte zu disziplinieren, und ein Auftrag für seine Lehrer und Eltern, ihn dabei zu unterstützen.

Gelingt es jedoch nicht, die Leistung eines Schülers aus dessen eigener Kraft heraus auf das mindestens erforderliche

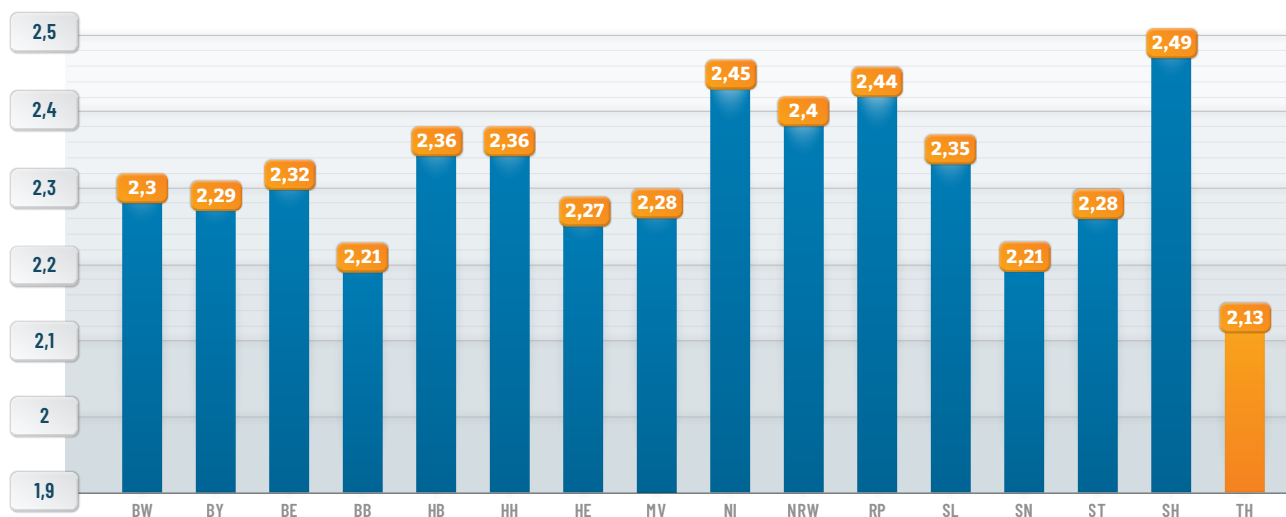
Abiturnotendurchschnitt in Thüringen

berufsbildende Schulen allgemeinbildende Schulen



Abiturnotendurchschnitt in Deutschland im Schuljahr 2023/24 nach Bundesländern

Quelle: KMK



Niveau anzuheben, so ist es angebracht, dass dieser Schüler eine Klassenstufe wiederholt. Hierbei handelt es sich nicht um eine Bestrafung, sondern um eine pädagogische Entscheidung im Interesse des Schülers. Die Lernlücken, welche die ungenügenden Leistungen eines Schülers verursachen, lösen sich durch dessen Versetzung in die nächste Klassenstufe nicht in Luft auf. Eher summieren und verstetigen sie sich zu dauerhaften Rückständen. Was bei einer frühzeitigen Klassenwiederholung noch hätte korrigiert werden können, wird zum ewigen „Klotz am Bein“, der dem Schüler bis zur Abschlussprüfung anhaftet. Auch deswegen verlässt mittlerweile knapp jeder zehnte Schüler in Thüringen die Schule ohne Abschluss.²⁹

Wir stehen ausdrücklich hinter der leistungsorientierten Benotung und der bedingten Versetzungsentscheidung als zwei Seiten derselben Medaille. Sie können ihre positive Wirkung jedoch nur dann entfalten, wenn sie konsequent angewandt werden. Daher ist es von zentraler Bedeutung, der grassierenden Noteninflation entgegenzuwirken. Thüringen hat bundesweit den besten Notendurchschnitt beim Abitur.³⁰

Doch spiegeln diese Zahlen nicht die wirkliche Hochschulreife unserer Abiturienten wider. Zum Beispiel liegt Thüringen beim Anteil der Schüler, welche den Optimalstandard im Fach Deutsch erreichen, deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt.³¹ Diese Entkopplung der

Benotung von den tatsächlichen Leistungen verschleiert Reformbedarfe und birgt reale Risiken für die berufliche Zukunft unserer Schüler.

Denn wer die Schule im falschen Glauben verlässt, eine adäquate Ausbildungs- oder Hochschulreife erhalten zu haben, wird früher oder später bitter enttäuscht. Seit Jahren klagen Ausbildungsbetriebe sowie Hoch- und Berufsschulen über die schwindenden Fähigkeiten ihrer Neuankömmlinge. Viele von ihnen benötigen Aufbaukurse, scheitern an ihren Prüfungen und brechen ab. Um diesen Trend zu verschleiern wird die Praxis der Noteninflation auch noch in diesen Kontexten fortgeführt. Nach Jahren des Blendwerks begeben sich die Auszu-



bildenden und Studenten dann ohne ausreichende Berufsreife auf den Arbeitsmarkt. Kurze, prekäre und erfolglose Anstellungen sind die Folge und führen oftmals in die Langzeitarbeitslosigkeit. Mit einer Jugendarbeitslosenquote von 6,8 Prozent liegt Thüringen bereits jetzt über dem deutschen Durchschnitt.³²

Unsere Kinder brauchen eine Zukunft, keine Zukunftsversprechen. Sie brauchen eine Schule, die sie ertüchtigt, Leistung zu erbringen und Spannungen auszuhalten. Und sie brauchen ein Notensystem, das ihre Kenntnisse und Fertigkeiten ehrlich beurteilt, statt sie zu beschönigen. Auch in diesem Sinne wollen wir die Besondere Leistungsfeststellung (BLF)

nicht nur beibehalten, sondern stärken. Die BLF bietet Schülern an den Thüringer Gymnasien eine Rückmeldung über ihre Lernfortschritte, bevor sie in die kritische Phase der gymnasialen Oberstufe übertreten, und stellt sicher, dass kein Gymnasialschüler die Schule nach der zehnten Klasse ohne Abschluss verlässt. Wir wollen der BLF einen eigenen Prüfungszeitraum zuweisen, damit unsere Schüler sich angemessen auf diesen Meilenstein vorbereiten können.

Für eine sportliche und musikalische Schule

Ein ideales Mittel zur Entfaltung und Disziplinierung der inneren Kräfte des Menschen ist der Sport. Körperliche Leistungs-

erbringung ist nicht nur ein gesundheitlicher Selbstzweck, sondern fördert die soziale und geistige Entwicklung von Kindern in einem oft unterschätzten Umfang. Denn Bildung ist kein rein geistiger Akt. Sie ist ein Prozess der Weltaneignung, der im Handeln abläuft und stets auch eine physische Komponente hat. Die Grundlagen des Lernens finden sich in der Erfahrung von Aktion und Reaktion bei der Bewegung des eigenen Körpers.³³

Nicht ohne Grund trägt das Gymnasium den Namen einer antiken Sportstätte. „Gesundheit der Seele – Gesundheit des Körpers – das ist die ausschließende Bedingung aller geistigen Entwicklung; aber es ist auch bloß die Bedingung; die vorhandene

Anlage muß gebraucht werden durch Selbstthätigkeit.“³⁴

Ein guter Schulsport belebt Körper und Geist unserer Schüler und vermittelt bewährte Tugenden: Disziplin durch Wett-eifer, Fairness, Teamgeist sowie der würdevolle Umgang mit Rückschlägen. Die erfolgreiche Erfahrung der eigenen Handlungsfähigkeit schafft Selbstvertrauen und bietet eine physische Lernperspektive, die verhindert, dass Bildung sich zu sehr „verkopft“. Diese Sichtweise wohnt der Turnbewegung Friedrich Ludwig Jahns ebenso inne wie der Pestalozzi-Pädagogik „mit Kopf, Herz und Hand“. Im deutschen Bildungssystem ist sie uns aber schon vor vielen Jahren abhandengekommen. In vielen Schulen gestaltet sich der Sportunterricht nur noch als minimale Bewegungstherapie und ist nicht einmal darin erfolgreich: Seit 2005 hat sich die Zahl der sechs- bis zwölfjährigen Thüringer mit motorischen Entwicklungsstörungen fast verdreifacht.³⁵

Ein guter Schulsport, der Leistungsdrang und Ausdauer entfacht, kann ein Schlüssel zur Wiederbelebung unseres Bildungssystems sein. Dafür muss er personell und inhaltlich gestärkt werden. Bei akutem Lehrermangel ist der Sportunterricht oft das erste Fach, bei dem

Abstriche gemacht werden. Wir vertreten die Ansicht, dass dem Sportunterricht bei solchen Entscheidungen eine höhere Priorität eingeräumt werden muss. Auch wollen wir die Lehrpläne für den Sportunterricht sowie die Lehrerbildung dahingehend ändern, dass der pädagogische Wert des Sportes sowie die Bedeutung von Leistung, Ehrgeiz und Disziplin angemessen berücksichtigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesjugendspiele wieder als echter Wettkampf organisiert werden. Auf der Landesebene fordern wir indes die Einführung eines eigenen Schüler-Sportwettbewerbs.

Ähnlich dem Sport verhält es sich auch mit der Musik. Sowohl die Gymnastik als auch die Musik galten den alten Griechen als wichtiger Bestandteil einer ganzheitlichen Bildung. Die Musik galt seit der Antike als eine der sieben freien Künste, die als Grundlage der Bildung angesehen wurden. Auch Wilhelm von Humboldt schrieb der Musik eine pädagogische Wirkung zu, die sich jenseits von Logik und Sprache entfaltet: „Die Musik, [...] fängt an, wo das Wort aufhört, und wo sie endigt, reicht selbst der Gedanke nicht hin.“³⁶ Musik ist kein verzichtbares Fach, das nur aus Spaß oder zur Förderung musikalischen Interesses unterrichtet wird. Doch genauso

wird es von der Landesregierung mitunter behandelt.

So wurde der Musikunterricht an Thüringer Gymnasien im Jahr 2024 um zwei Stunden gekürzt.³⁷ Vor allem im ländlichen Raum mangelt es an geschulten Musiklehrern, sodass das Fach entweder ausfällt oder fachfremd unterrichtet werden muss. Es fehlen Mittel für Instrumente und angemessene Räumlichkeiten. Wir fordern, dass dem Musikunterricht jene Unterstützung zukommen soll, die ihm ob seiner pädagogischen Bedeutung gebührt. Die Kürzungen in der Stundentafel müssen rückgängig gemacht werden. Wir wollen die Kooperation der allgemeinbildenden Schulen mit den Musik- und Jugendkunstschulen ausbauen, die dafür auch eine angemessene Finanzierung benötigen. In dieser Hinsicht hat unsere Fraktion sich bereits im Jahr 2019 für die Einführung eines Thüringer Musikschulgesetzes engagiert.³⁸ Das Nachziehen der etablierten Parteien drei Jahre später zeigt: AfD wirkt.

Für einen politisch neutralen Unterricht

Die Ideologie, welche die strukturellen und methodischen Krisen des Bildungssystems zu verantworten hat, tritt auch in den Inhalten des Unterrichts zu-

tage. Immer wieder berichten Eltern, Schüler und Lehrer von Fällen politischer Indoktrination an den Schulen, vor allem unter dem Deckmantel der politischen Bildung. Dem sollte eigentlich der sogenannte Beutelsbacher Konsens³⁹ entgegenwirken. Dieser sieht vor, dass kontroverse Themen an den Schulen auch kontrovers diskutiert und von verschiedenen Standpunkten aus betrachtet werden sollen. Ziel ist, die Analysefähigkeit und die Urteilkraft der Schüler zu stärken. Vor allem formuliert der Beutelsbacher Konsens ein Überwältigungsverbot, das

es den Lehrern untersagt, den Schülern ihre eigenen Ansichten aufzudrängen. Doch an den Schulen in Thüringen werden diese Vorgaben faktisch oftmals unterlaufen.

Wir lehnen diesen Missbrauch des Bildungssystems ab und wenden uns gegen die Pläne der amtierenden Landesregierung, Formate zur sogenannten politischen Bildung noch mehr auszuweiten. Besonders die „Verfassungsviertelstunde“, die das CDU-geführte Bildungsministerium eingeführt hat, erinnert an die Staatsbürgerkunde der DDR.

Doch dies ist nur die Spitze des ideologischen Eisbergs. Die Politisierung des Unterrichts reicht tief in alle Fachbereiche hinein – von klimahysterischen Dogmen im Geographieunterricht bis hin zur Verteufelung deutschen Nationalgefühls im Fach Geschichte. Besonders die Sexualkunde im Biologieunterricht wird herangezogen, um unsere Kinder zu indoktrinieren. Zentral hierfür ist der sogenannte „Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre“, der von Rot-Rot-Grün geschrieben wurde und von der CDU nahtlos fortgeführt wird.

Dieser sieht unter anderem vor, dass Kinder lernen, „lustbetonte Selbstberührungen [zu akzeptieren]“⁴⁰. Geschlechterrollen sollen aufgelöst und dem Geschlecht soll die biologische Realität abgesprochen werden. Durchgesetzt werden diese Ziele mit rabiaten Methoden: Schüler werden gedrängt, Rollentausche zwischen Jungen und Mädchen durchzuführen. Bereits bei Kleinkindern werden Unterrichtsmaterialien mit expliziten Nacktdarstellungen eingesetzt. Mitunter werden auch sogenannte Methodenkoffer benutzt, die mit „Anschauungsmaterial“ in Form von Sexspielzeug ausgestattet sind. Es ist ein Programm der Enthemmung, welches grundlegende Fakten menschlicher Existenz leugnet und den natürlichen Entwicklungspro-





zess unserer Kinder empfindlich stört.⁴¹ Das Schamgefühl ist eine zivilisatorische Errungenschaft, ihr Verlust ein Phänomen der Dekadenz.

Unsere Position ist klar: Wir lehnen die Frühsexualisierung unserer Kinder in allen ihren Formen ab. Die Zweigeschlechtlichkeit des Menschen ist eine

biologische Tatsache. Die Aufgabe des Sexualkundeunterrichts ist es, über die Fakten der Sexualität, der sexuellen Entwicklung und des Sexualverkehrs aufzuklären. Dabei soll er prinzipiell einen lebensbejahenden Grundton vermitteln. Doch liegt die sexualmoralische Erziehung nicht in der Verantwortung des Staates. Sie ist das Privileg der

Eltern. Der Elternwille ist daher bei der Behandlung sexualpädagogischer Inhalte besonders zu berücksichtigen. Außerdem ist zu gewährleisten, dass der Sexualkundeunterricht an den staatlichen Schulen auch ausschließlich durch staatliches Personal durchgeführt wird und nicht durch die Mitarbeiter fragwürdiger „Nichtregierungsorganisationen“.

Generell fordern wir, dass solche „Nichtregierungsorganisationen“ aus dem Schulalltag zurückgedrängt werden. Mithilfe der Altparteien hat sich in Thüringen ein Netz von Vereinen und Projekten gebildet, welche die Schulen auf ihre Weltanschauung verpflichten, parteipolitische Agitation betreiben und sich über jedes Neutralitätsgebot hinwegsetzen. Insbesondere viele Schulsozialarbeitende sind Teil dieses Netzwerkes und missbrauchen ihre Position für politische Zwecke. Die Autorität des Schulleiters wird regelmäßig umgangen. Wir wollen diese politische Unterwanderung unserer Schulen nicht hinnehmen. Die Schulsozialarbeit muss vollständig in das pädagogische Konzept der Schule, für welches der Schulleiter verantwortlich ist, integriert sein.

Ein weiterer unhaltbarer Zustand, dem wir ein Ende bereiten wollen, ist die Verwendung

sogenannter Gendersprache an den Thüringer Schulen. Sprache ist die wichtigste Kulturtechnik des Menschen. Sie ist nicht nur die Grundlage aller Zivilisation, sondern formiert auch jene Denkstrukturen, die Selbsterkenntnis und -bestimmung erst ermöglichen. Bei der Gendersprache handelt es sich nicht um eine organische Entwicklung der deutschen Sprache, sondern um deren bewusste Manipulation zu politischen Zwecken. Sie soll eine linke Weltanschauung in die Köpfe unserer Kinder pflanzen. Zweigeschlechtlichkeit soll unaussprechbar und so undenkbar gemacht werden. Auch wenn es jeder Privatperson freisteht, so zu sprechen, wie sie will, unterliegt der Staat einem Neutralitätsgebot, das den Einsatz solcher Sprachregelungen klar untersagt.⁴²

BEDINGUNGEN

Für die Beseitigung des Lehrermangels

Selbst ein Bildungssystem mit sicheren Strukturen, zielführenden Methoden und guten Inhalten kann seinen Auftrag nicht erfüllen, wenn ihm die dafür notwendigen Ressourcen fehlen. Schulen brauchen adäquate Mittel, um die Bedingungen zu schaffen, in denen Bildung möglich ist. Dabei gilt zuallererst: Schüler brauchen Lehrer.

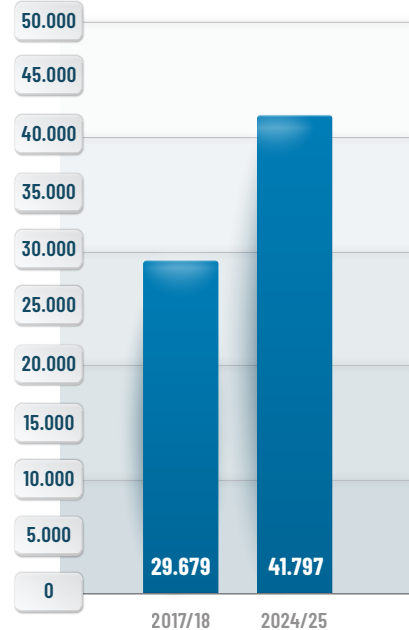
Es ist allerdings auch festzustellen, dass die Anzahl der Lehrer nicht zwangsläufig die Qualität der Bildung bestimmt. Vor dem Ersten Weltkrieg wurden in den allgemeinbildenden Schulen des Deutschen Reiches etwa 10,3 Millionen Schüler durch 147.000 Lehrer unterrichtet.⁴³ Über ein Jahrhundert später, im Jahr 2024, waren es nur noch 8,9 Millionen Schüler, aber 739.500 Lehrer.⁴⁴ Diese Aufblähung des Lehrkörpers ging nicht mit einer Verbesserung der Bildungsqualität einher. Die tieferliegenden Probleme unseres Bildungssystems lassen sich nicht einfach durch Personalaufwuchs bewältigen.

Jedoch ist der Lehrermangel längst zur größten akuten Krise unseres Bildungssystems geworden. Im Jahr 2024 fehlten an den Thüringer Schulen knapp 2.000 Lehrer.⁴⁵ Die Folge: Allein im Schuljahr 2024/25 sind offiziell 41.797 Schulstunden ausgefallen – mehr als doppelt so viele wie noch vor zehn Jahren.⁴⁶

Und auf absehbare Zeit wird diese Lage noch kritischer. Denn mehr als die Hälfte der Thüringer Lehrer ist bereits über 50 Jahre alt (Bundesdurchschnitt: 35 Prozent); ein Fünftel ist sogar über 60 Jahre alt (Bundesdurchschnitt 10 Prozent).⁴⁷ Diese Lehrer werden also in naher Zukunft in den Ruhestand gehen – eine Pensionswelle, die mit der

Ausgefallene Unterrichtsstunden in Thüringen

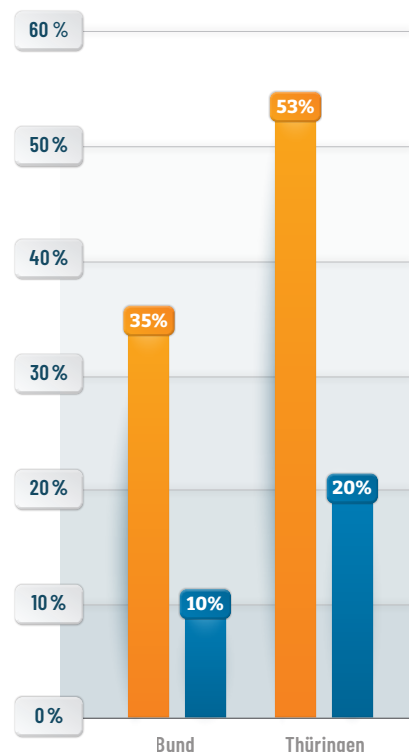
Quelle: SIB



Anteil älterer Lehrkräfte im Schuljahr 2023/24

Quelle: Destatis

50 Jahre und älter 60 Jahre und älter



aktuellen Zahl an Lehramtsstudenten nicht gebrochen werden kann.

Dass es in Thüringen so weit kommen konnte, liegt vor allem an der Einstellungspolitik der CDU-geführten Landesregierungen Anfang dieses Jahrhunderts. Zum Vergleich: Im Schuljahr 2023/24 stellte Thüringen etwa 1.000 neue Lehrer ein und verzeichnete dennoch ein signifikantes Defizit.⁴⁸ Im Jahr 2008 wurden hingegen nur fünf neue Lehrer in den Schuldienst aufgenommen.⁴⁹ Uns fehlen heute also nicht nur eine, sondern zwei Lehrergenerationen. Zu denen, die bald aus dem Dienst scheiden, gesellen sich jene, die vor zehn bis zwanzig Jahren gar nicht erst eingestellt wurden. Das ist das Vermächtnis von CDU und SPD in Thüringen. Die Lösung dieser Krise hat für uns höchste Priorität.

Langfristig müssen neue Personalquellen geschaffen werden, damit der Freistaat seinen Lehrkörper eigenständig erneuern kann. Doch unter den aktuellen Bedingungen müssen zunächst alle bestehenden Personalquellen ausgeschöpft werden. Das heißt erstens, dass bereits aktive Lehrer nach Möglichkeit länger im Lehrberuf gehalten werden müssen. Viele Lehrer sind oft stressbedingt krank und scheiden früh aus dem Lehrberuf

aus. Es sind dies die Folgen einer gescheiterten Integration und kopflosen Inklusion sowie einer Fülle lehrfremder Aufgaben. Mit dem flächendeckenden Einsatz von Schulverwaltungsassistenten wollen wir hier für Entlastung sorgen. Für Lehrer höheren Alters wollen wir außerdem zusätzliche Anreize wie etwa flexiblere Teilzeitregelungen und ein attraktives Zulagensystem schaffen, damit sie länger im Lehrberuf verbleiben, wenn sie das möchten.

Zweitens müssen Lehrer priorisiert eingesetzt werden. Beispielsweise werden Lehrkräfte seit Beginn der Massenmigration im Jahr 2015 aus dem regulären Unterricht abgezogen, um für Kinder ausländischer Eltern Deutsch als Zweitsprache (DaZ) zu unterrichten. Wir lehnen diese Praxis strikt ab. DaZ-Lehrkräfte müssen zusätzlich eingestellt und dürfen nicht aus dem regulären Personalbestand der Schulen abgezogen werden. Der reguläre Unterricht hat Priorität. Drittens gilt es in der aktuellen Notlage, das Potenzial von Quer- und Seiteneinsteigern besser zu nutzen.

Fast jeder vierte neue Lehrer in Thüringen ist Seiteneinsteiger.⁵⁰ Doch viele von ihnen brechen die Lehrtätigkeit bereits nach wenigen Monaten wieder ab. Der Hauptgrund hierfür ist, dass vie-

le Quer- und Seiteneinsteiger erst Wochen nach Dienstantritt geschult werden.

Wir vertreten den Standpunkt, dass eine gründlichere Vorbereitung einem schnellen Verschleiß vorzuziehen ist. Schulungen für Quer- und Seiteneinsteiger müssen vor dem Beginn der Lehrtätigkeit abgeschlossen sein. Zur weiteren Unterstützung soll jedem Seiteneinsteiger während seines ersten Schuljahres ein Mentor seiner Fachrichtung zur Verfügung stehen. Auch ist sicherzustellen, dass Seiteneinsteiger im ersten Jahr ihrer Tätigkeit keine Klassenleiterfunktion übernehmen.⁵¹

Für Erzieher hingegen wollen wir die Lehrbefähigung, die diese Berufsgruppe aufgrund ihrer pädagogischen Qualifikationen bis 1990 hatte, wieder einführen. Auch fordern wir kürzere, auf bis zu zwei Fächer zugeschnittene Weiterbildungen für Erzieher, sodass diese neben ihrer Hortarbeit einige Stunden pro Woche Unterricht an den Grundschulen unseres Freistaates geben können.

Es geht aber nicht nur um Symptombekämpfung, sondern um eine langfristige Lösung. Die Lehrerausbildung in Thüringen muss derart aufgestellt werden, dass sie den Bedarf des Frei-

staates in Zukunft selbständig decken kann. Hier sei zunächst gesagt: Eine Umstellung von der schularten- zur schulstufenbezogenen Ausbildung wird es mit uns nicht geben. Dies widerspricht nicht nur dem Prinzip des gegliederten Schulsystems, sondern würde Thüringen im bundesweiten Wettbewerb um Lehramtsstudenten auch fatal benachteiligen. Anstelle solcher Experimente wollen wir die Ausbildungskapazitäten im Freistaat signifikant ausbauen. Dies bedeutet zum einen den Ausbau der Studienplätze an den lehrerbildenden Universitäten. Zum anderen gilt es aber auch, neue Institutionen für die Lehrerausbildung in Thüringen zu schaffen.

In diesem Punkt setzen wir uns für die Wiedererrichtung einer

Pädagogischen Hochschule ein. Diese soll ein neues Angebot für die Ausbildung zum Grund-, Regel- oder Berufsschullehrer schaffen. Gymnasial- und Förderschullehrer sollen aufgrund ihrer wissenschaftspropädeutischen beziehungsweise sonderpädagogischen Anforderungen weiterhin nur durch ein Universitätsstudium qualifiziert werden. Die Pädagogische Hochschule soll auch die berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung von Quer- und Seiteneinsteigern sowie Erziehern und fachpraktischen Lehrern anbieten. Gerade Letzteren mangelt es an Optionen, die Qualifizierung zum fachtheoretischen Lehrer zu absolvieren. Im Anschluss an das Erbe der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen soll die neue Pädagogische Hochschule auf bewährte Lehr-

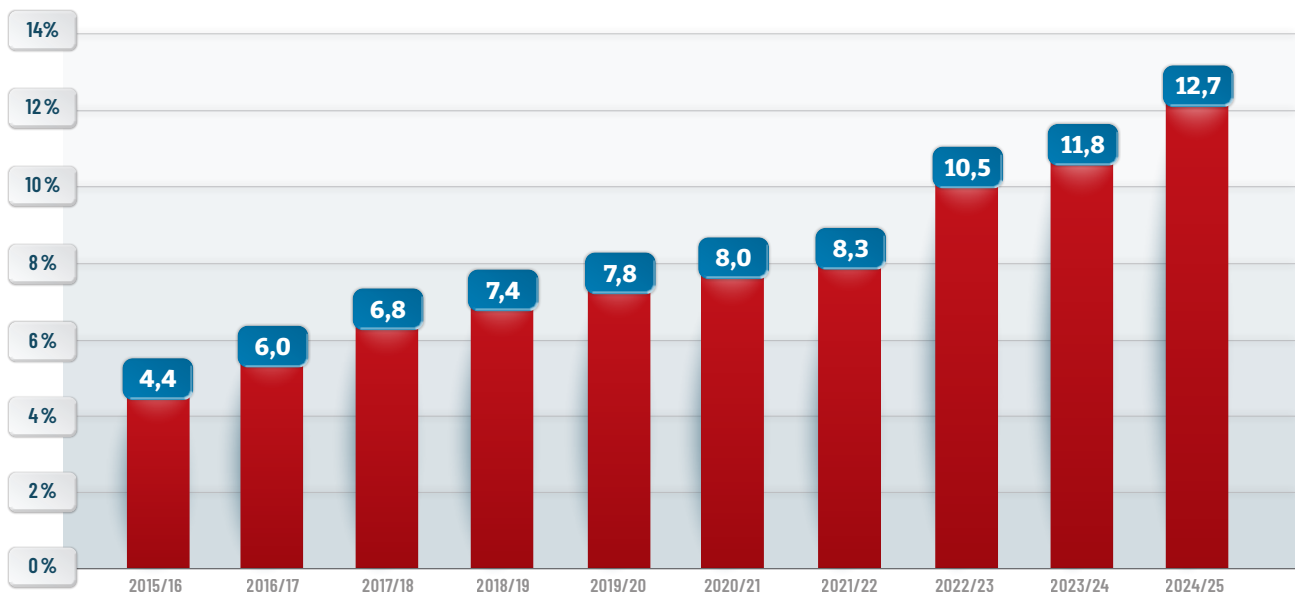
methoden setzen und die Praxis des Schulalltags betonen.⁵²

Für ein Ende des integrationspolitischen Chaos

Viele der Stressfaktoren, die unsere Lehrer früh aus dem Lehrerberuf treiben, haben ihren Ursprung in der ungezügelten Massenzuwanderung der letzten zehn Jahre oder wurden durch diese signifikant verstärkt. Seit dem Epochenjahr 2015 hat sich der Anteil ausländischer Schüler an den Thüringer Schulen von 4,4 auf 11,8 Prozent mehr als verdoppelt.⁵³ Heute gibt es in fast jedem Landkreis mindestens eine Schule mit einem Ausländeranteil von über 30 Prozent. In einzelnen Schulen – vor allem in den größeren Städten – sind mehr als zwei Drittel der Schüler nichtdeutscher Herkunft. Allein

Anteil der Ausländer an Thüringer Schulen

Quelle: SIB, Werte auf eine Nachkommastelle gerundet



schon zahlenmäßig übt die Ankunft dieser Massen einen hohen Druck auf unser Bildungssystem aus. In Zeiten, in denen es ohnehin an Lehrern mangelt, drängen Zehntausende Neuankömmlinge an unsere Schulen. Die Voraussetzungen, die sie mitbringen, machen die Angelegenheit nicht einfacher.

Die meisten von ihnen kommen aus Staaten, in denen das Bildungssystem völlig anders gestaltet und oft deutlich leistungsschwächer ist als in Deutschland. Sie kommen oftmals aus einem fremden Kulturkreis, dessen Kulturpraktiken und Bildungsverständnis mit den Normen unserer abendländischen Zivilisation in vielfacher Weise kollidieren. Und die meisten von ihnen sprechen kein oder kaum Deutsch. Die unmittelbare Folge dieser Umstände ist ein signifikantes Leistungsgefälle zwischen den deutschen und den nichtdeutschen Schülern: „Bundesweit erreichen Jugendliche aus zugewanderten Familien im Jahr 2024 in allen untersuchten Kompetenzbereichen ein signifikant geringeres Kompetenzniveau als Jugendliche ohne Zuwanderungshintergrund.“⁵⁴

Mittelbar wirken sich diese Umstände aber auch negativ auf die einheimischen Schüler aus. Denn ohne gemeinsame Spra-

che gibt es keinen gemeinsamen Unterricht. In Klassen mit einem hohen Ausländeranteil wird die Lernsituation empfindlich gestört, die Lehrer sind mit der individuellen Betreuung der ausländischen Schüler überlastet. So stellt auch das Institut der deutschen Wirtschaft eindeutig fest: „Die starke Zuwanderung der letzten Jahre hat auch mit dazu geführt, dass die durchschnittlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in Deutschland gesunken sind.“⁵⁵ Keiner gewinnt: weder die Lehrer noch die Eltern und vor allem nicht die Schüler, egal welcher Herkunft.

Besonders immer mehr ausländische Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss. Die Integrationspolitik der Landesregierung schafft damit ein Prekariat, das auf absehbare Zeit staatlich alimentiert werden muss und sich von der deutschen Mehrheit abgrenzt. Das ist Sprengstoff für den sozialen Frieden in unserem Land. Wir wollen dem bereits in der Schule entgegensteuern. Der Anteil von Schülern mit einem Förderbedarf zum Erwerb der deutschen Sprache soll bei der Klassenbildung auf zehn Prozent beschränkt werden. Schüler, die infolge dieser Regelung nicht am regulären Unterricht beteiligt werden können, sollen ausschließlich in separaten Deutschkursen unterrichtet

werden, bis ihre Sprachkenntnis auf einem ausreichenden Niveau ist. Erst dann soll ein fakultativer Übergang in eine Regelklasse stattfinden. Das Erlernen der deutschen Sprache ist die Minimalbedingung einer gelungenen Integration und muss effektiv gefördert und eingefordert werden.⁵⁶

Denn selbst dort, wo reichlich Mittel und Wege zur Integration vorhanden sind, scheitert diese oft am mangelnden Integrationswillen der Migranten. Für Schüler aus mehrheitlich muslimischen Herkunftsländern spielt der Islamismus hier eine signifikante Rolle. Eine Anpassung an die christlich geprägte Kultur der Deutschen wird in diesen Kreisen oft prinzipiell abgelehnt.

Die Einhaltung religiöser Vorschriften wird von muslimischen Schülern oft nicht nur unter Muslimen, sondern auch gegenüber nichtmuslimischen Schülern eingefordert. Mitunter werden diese Forderungen mit Mobbing und Gewalt durchgesetzt. Obwohl sie nur 11,8 Prozent der Schüler in Thüringen ausmachen, stellten Ausländer im Jahr 2023 17,2 Prozent der Tatverdächtigen bei Delikten im Tatortbereich Schule.⁵⁷ Deutschland und Thüringen dürfen diese Zustände nicht länger hinnehmen. Nur die AfD will eine echte

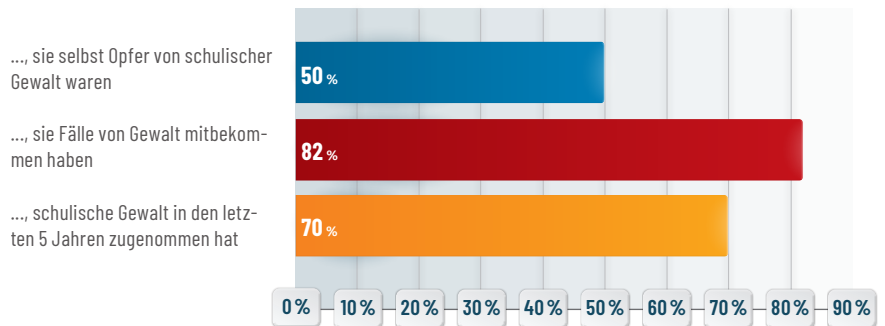
Kehrtwende in der Migrations- und Integrationspolitik.

Für ein Lernen in Sicherheit

Auch infolge der Masseneinwanderung gehören Gewalt und Mobbing mittlerweile zum Alltag an Thüringer Schulen. 2025 berichteten 82 Prozent der Lehrer, im vergangenen Schuljahr Fälle von Gewalt mitbekommen zu haben; 50 Prozent wurden sogar selbst Opfer von schulischer Gewalt.⁵⁸ Im Jahr 2024 meldeten 51 Prozent der Thüringer Schulleitungen Fälle physischer Gewalt an ihren Schulen; 75 Prozent taten dies für seelische Gewalt.⁵⁹ Damit liegt Thüringen bereits deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Doch die Dunkelziffer ist wahrschein-

Anteil von Befragten des Thüringer Lehrerverbandes, die für 2023 angegeben haben, dass...

Quelle: TLV



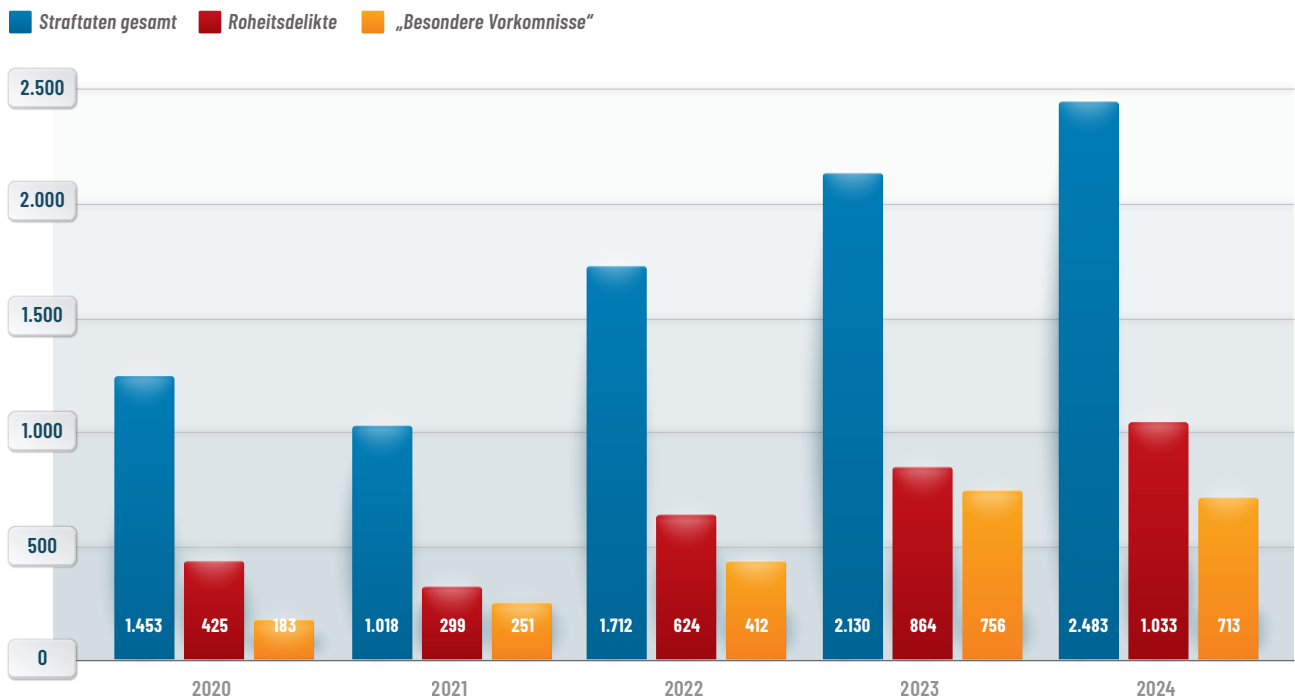
lich noch höher. Denn aktuell erfassen die Schulämter des Freistaates lediglich solche „besonderen Vorkommnisse“, die geeignet sind, den Schulbetrieb empfindlich zu beeinträchtigen. In der Regel handelt es sich zum Beispiel bei Mobbing jedoch um eine Kette schrittweise eskalierender Vorgänge, die den Schul-

betrieb kaum bis gar nicht, den einzelnen Schüler aber umso mehr beeinträchtigen.

In der Tat erfassen die „besonderen Vorkommnisse“ nicht einmal alle Rohheitsdelikte, die die Polizei an den Schulen verzeichnet. Gerade im Hinblick auf den Anteil ausländischer

Anzahl der polizeilich erfassten Straftaten an Thüringer Schulen und „Besondere Vorkommnisse“

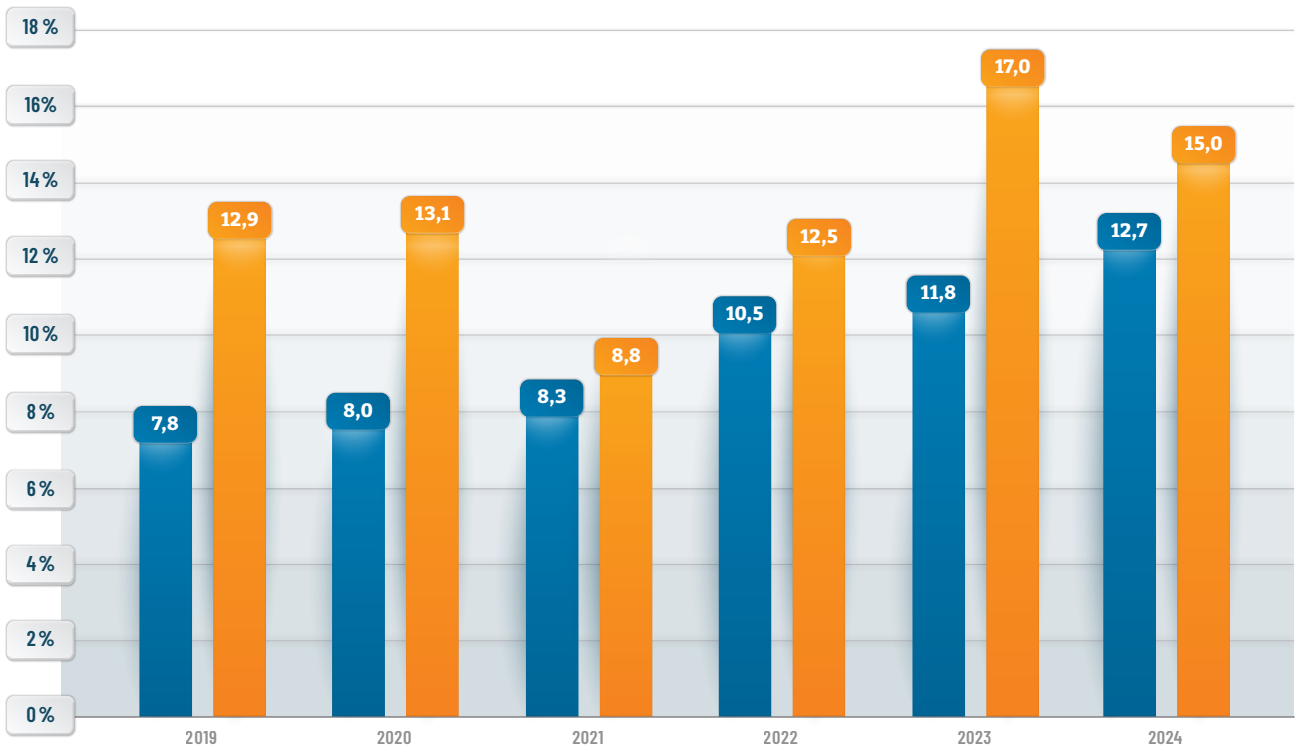
Quelle: SIB; PKS



Anteil ausländischer Schüler

■ an der Thüringer Schülerschaft ■ an Tatverdächtigen an den Thüringer Schulen

Quelle: SIB, PKS, Werte auf eine Nachkommastelle gerundet



Tatverdächtiger drängt sich der Verdacht auf, dass die Thüringer Landesregierung die tatsächliche Situation absichtlich verschleiern will. Wir verurteilen dieses Vorgehen. Thüringen braucht eine aussagekräftige Statistik mit niedrigschwelligen Meldepflichten sowie einer Aufschlüsselung von Täter- und Opfermerkmalen. Doch es ist nicht genug, die Gewaltsituation an unseren Schulen statistisch zu erheben. Sie muss auch bekämpft werden.

Dafür mangelt es den Lehrern und Schulleitern aktuell jedoch an effektiven Mitteln. Die büro-

kratischen Hürden zur Anwendung von Ordnungsmaßnahmen sind außerordentlich hoch und wer sich dennoch bemüht, findet bei den Schulämtern selten Rückhalt. Schulen müssen handeln und Lehrer ordnende Autorität ausüben können. Daher wollen wir, dass Ordnungsmaßnahmen früher und einfacher eingesetzt werden können als bisher. Auch wollen wir den Maßnahmenkatalog, den die Schulordnung vorgibt, um die Option eines Auszeitraumes ergänzen. Dort sollen Schüler, die den Unterricht akut stören, für eine gewisse Dauer getrennt beaufsichtigt werden können.

Der Kampf gegen die Schulgewalt darf dabei jedoch nicht auf dem Rücken der Lehrer ausgefochten werden. Angriffe auf Lehrer sollen automatisch über den Dienstherrn angezeigt werden. Die Polizei muss im Umfeld der Schulen präsenter sein und bei Delikten frühzeitig involviert werden. Auch fordern wir, dass jede Schule mit einem Notfallinformationssystem ausgestattet wird. Diese Maßnahmen erhöhen die Interventionsbereitschaft unserer Schulen und wirken durch Abschreckung präventiv gegenüber potenziellen Tätern. Dagegen gibt es für die vielen Präventionsprojekte,

welche die Landesregierung mit Steuergeldern fördert, keinen echten Bedarf.

Im Jahr 2024 gaben 82 Prozent der Lehrer in Deutschland an, dass ihre Schule über ein Gewaltpräventionskonzept verfügt. Dennoch verzeichnet die Hälfte der deutschen Lehrer einen signifikanten Gewaltanstieg in den letzten Jahren.⁶⁰ Wir stehen für echte Prävention statt Placebo-Politik. Echte Prävention heißt, die Risikofaktoren schulischer Gewalt zu minimieren. Und diesem Zweck ist vor allem dadurch gedient, wenn Schüler, die durch aggressives und gewaltaffines Verhalten auffallen, aus dem gemeinsamen Unterricht entfernt werden. Sie sollen separat unterrichtet werden; je nach Einzelfall entweder in einer eigenen Klasse an derselben Schule oder in Förderschulen mit einem Schwerpunkt für emotionale Entwicklung. Die Sicherheit und die Gesundheit der Schulgemeinschaft haben Vorrang vor dem Recht des Einzelnen auf Teilhabe an derselben.⁶¹

Für die Sanierung und den Erhalt unserer Schulen

Die Sicherheit unserer Schüler wird jedoch nicht nur durch Gewalt gefährdet. Laut dem Thüringer Rechnungshof gibt es im Freistaat einen Sanierungsstau bei den Schulen im Umfang von

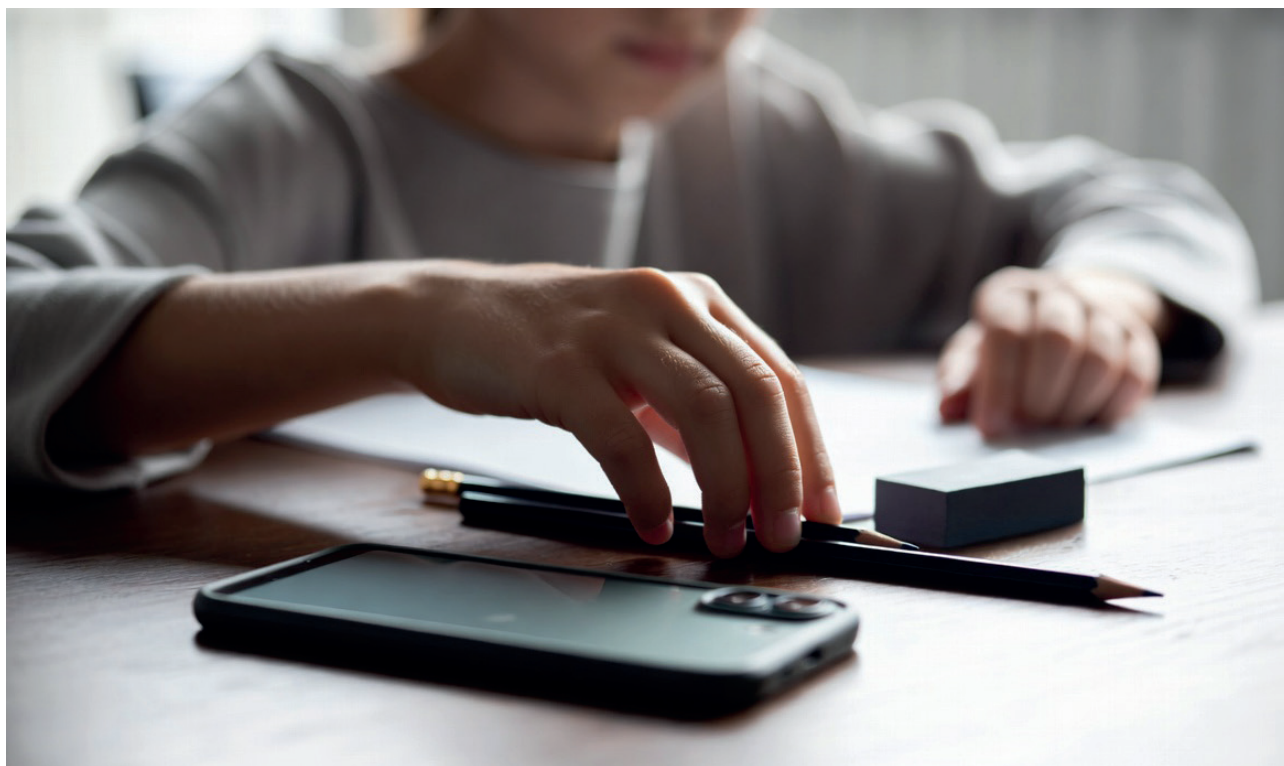
über drei Milliarden Euro.⁶² Dabei geht es nicht um Kleinigkeiten, sondern um die Substanz: Bröckelnde Decken, herausfallende Fenster und nasskalte Räume sind keine angemessenen Lernumgebungen, sondern Gefahrenquellen für die Gesundheit unserer Kinder. An einer Reihe von Schulen sind die Sanitäreinrichtungen in einem derartigen Zustand, dass Kinder sich den ganzen Schultag über weigern, auf die Toilette zu gehen.

Die Kommunen, die mit der Sanierung unserer Schulen beauftragt sind, können diese finanzielle Last oft nicht stemmen, sodass die Landesregierung in der Verantwortung steht, Abhilfe zu schaffen. Diese aber bezuschusst die Schulsanierung mit lediglich 35 Millionen Euro pro Jahr. Mit Mitteln in diesem Umfang wird eine vollständige Sanierung bis ins nächste Jahrhundert andauern. So viel Zeit haben unsere Kinder nicht. Ihre Schulen müssen jetzt saniert werden, nicht erst in ein paar Jahrzehnten. Daher wollen wir die Mittel für Investitionen in die schulische Infrastruktur deutlich erhöhen.

Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass die zur Verfügung stehenden Mittel auch ausgegeben werden können. Viele Kommunen können es sich nicht leisten, den gesetzlich vorgegebenen Ei-

genanteil bei der Finanzierung dieser Bauvorhaben zu bezahlen. Wir wollen den vorgeschriebenen Eigenanteil kommunaler Finanzierung bei der Schulsanierung so weit senken, wie das Bundesrecht dies zulässt.

Auch bei der Sportstättenförderung besteht dringender Reformbedarf. Denn die Sportstätten, von denen viele zu den Schulen gehören oder von diesen genutzt werden, befinden sich oft in einem bedauernden Zustand. Schulsport ist kein Luxus, sondern Teil unseres Bildungskonzepts. Daher fordern wir eine ebenso umfassende und zügige Sanierung unserer Sportstätten, wie wir dies für unsere Schulen fordern.⁶³ Die Frage einer angemessenen schulischen Infrastruktur betrifft vor allem auch kleinere Schulen im ländlichen Raum. Für das Schuljahr 2025/26 geht die Landesregierung davon aus, dass mindestens vierzig Schulen die vorgegebenen Mindestgrößen nicht erreichen werden.⁶⁴ Um Schließungen zu vermeiden, werden sie in Zwangskooperationen gedrängt, die auch den nach wie vor bestehenden Lehrermangel kaschieren. Dabei wird billiger in Kauf genommen, dass die Wegezeiten der Schüler sich signifikant verlängern. Die Landesregierung kann nicht einmal angeben, an wie vielen Schulen die kumulierte



Fahrtzeit für Schüler über dem gesetzlich erlaubten Höchstwert liegt. Wir sagen: Kurze Wege für kurze Beine. Die Regeln zu Mindestgrößen müssen flexibel gehandhabt werden, um gerade im ländlichen Raum Schulen in Wohnortnähe zu erhalten.

Für eine verantwortungsvolle Digitalisierung

Ein Aspekt der Schulinfrastruktur, dessen schleppende Entwicklung immer wieder bemängelt wird, ist die Digitalisierung. Je mehr digitale Medien unseren Alltag prägen, umso mehr ziehen sie auch in die Lernumgebungen unserer Schüler ein. Eine gute Bildungspolitik darf diese Realität nicht ausblenden,

sondern muss sicherstellen, dass Digitalisierung in der Schule umsichtig behandelt wird.

Dafür müssen jedoch zum einen die natürlichen Beschränkungen und zum anderen die realen Risiken dieser Technologien berücksichtigt werden. Beides findet in der gegenwärtigen Politik nicht statt. Die einen erklären Digitalisierung zum Selbstzweck. Die anderen erhoffen sich eine einfache Lösung für die Krise des Bildungssystems: Lehrermangel, Schulschließungen, Inklusion und Integration – all dies und mehr soll die Technik meistern.

So gibt es immer noch Bemühungen, den Distanzunterricht,

welcher zur Zeit der Corona-Maßnahmen eingeführt wurde, zu normalisieren. Das Thüringer Schulgesetz gibt den Schulkonferenzen nach wie vor die Möglichkeit, dass „Unterricht [...] unter Einsatz von digitalen Lehr- und Lernmitteln in einer digitalen Lernumgebung durchgeführt werden [kann]“⁶⁵ – ganz ohne konkrete Notlage. Dabei ist der direkte pädagogische Bezug von elementarer Bedeutung für den Lernerfolg. Der Schüler lernt auch und vor allem durch die Identifikation mit dem Lehrer, die im digitalen Raum aber nicht gegeben ist.⁶⁶ Wir sind der Ansicht, dass Distanzunterricht nur in absoluten Ausnahmefällen eingesetzt werden sollte, wenn der reguläre Unterricht

in Präsenz nicht mehr möglich ist. Die Gesetzeslage muss geändert werden. Indes nimmt die Bedeutung digitaler Medien auch im Präsenzunterricht zu. Aber Tablets und Whiteboards verbessern die Bildung nicht von selbst. In der Tat erweitert die Digitalisierung das Mosaik der Bildungskrise lediglich um einen weiteren Stein. Bildung ist ein Prozess, in dem der Einzelne sich mit der Welt verschränkt. Das Medium, durch das diese Verschränkung erreicht wird, darf dabei nicht beliebig sein:

„Der Geist muss sich materialisieren und Fleisch werden. Nur, was durch das Fleisch – die Hand – gegangen ist, ist wahrhaftig, dann wirklich hat man etwas nicht nur verstanden, sondern auch begriffen. Der Griffel ist das Instrument, um zu begreifen. Nicht der Laptop.“⁶⁷

Studien aus Ländern, in denen die Digitalisierung der Schulen weiter fortgeschritten ist, belegen, „dass digitale Werkzeuge das Lernen der Schüler eher beeinträchtigen als verbessern“⁶⁸. Ihre Konzentration und Urteilskraft lassen nach. Informationen werden nicht mehr kontextbezogen verstanden, sondern nur oberflächlich miteinander assoziiert. Schüler, die digital unterrichtet wurden, haben gegenüber analog unterrichteten Schülern ein Defizit in

der Leseentwicklung von mehr als zwei Jahren.⁶⁹ Infolge solcher Erkenntnisse haben Schweden und Dänemark eine 180-Grad-Wende in der Digitalisierung des Schulwesens unternommen. Auch amerikanische Eliteschulen setzen im Unterricht auf Block und Bleistift, statt auf Laptop und Tablet.

Bewegungsmangel, soziale Verkümmern und Traumata durch schädliche Inhalte sind nur die Spitze des Eisbergs, wenn es um die negativen Folgen digitaler Medien geht. Viel tiefer greift ihr Einfluss auf jene Denkstrukturen, denen Logik und Kritik entspringen. Medien sind keine passiven Werkzeuge, sondern wirken immer auch auf uns zurück. Das Gleiche gilt für die Künstliche Intelligenz (KI), welche sich in den letzten Jahren rasant ausgebreitet und weiterentwickelt hat. Auch hier steht der potenzielle Mehrwert dieser Technik signifikanten Risiken gegenüber. Schon bei erwachsenen Akademikern führt die übermäßige Nutzung Künstlicher Intelligenz zu einer Verkümmern kritischen Denkens und logischer Urteilskraft.⁷⁰ Bei Kindern dürften diese Effekte noch stärker auftreten, da sich ihre geistigen Strukturen noch in der Entwicklung befinden.

Wir befürworten eine Digitalisierung mit Augenmaß. Dies

bedeutet zuallererst, dass auf den Einsatz digitaler Medien und Künstlicher Intelligenz im Grundschulbereich vollständig verzichtet werden soll. In dieser entscheidenden Entwicklungsphase, in der die Fundamente weiteren Lernens gegossen werden, muss umsichtig vorgegangen werden. In den höheren Klassenstufen befürworten wir den Einsatz digitaler Lernmittel, insofern dieser sparsam und pädagogisch fundiert erfolgt. Dazu gehört, dass auf eine klare Trennung zwischen analogen und digitalen Lernphasen geachtet wird. Ist dies nicht der Fall, so verschwimmen verschiedene Denk- und Lernmuster ineinander, was den Lernprozess stört und die Aufmerksamkeitsspanne mindert. Wo dies möglich ist, soll digitales Lernen daher in separaten Medienräumen stattfinden.⁷¹

Der Vorrang und die Trennung analogen Lernens sollen außerdem dazu beitragen, unsere Kinder von der alltäglichen Reizüberflutung durch digitale Medien zu entlasten. Unsere Kinder wachsen heute in einer vernetzten Welt auf, die sie früh und dauerhaft Dynamiken aussetzt, welche sich schädlich auf Körper, Seele und Geist auswirken können. Es liegt in der Entscheidung der Eltern, wie mit diesen Herausforderungen umzugehen ist. Doch das staatliche Schul-

wesen muss sich darum bemühen, Rückzugsorte zu schaffen, anstatt die negativen Folgen der digitalisierten Welt noch zu befördern. In diesem Sinne befürworten wir Maßnahmen, welche die Smartphonennutzung in Schulen einschränkt.

Smartphones lenken nicht einfach nur vom Unterricht ab.

Auch in Pausenzeiten sorgen sie dafür, dass unsere Kinder ständig erreichbar, angeschlossen und angespannt bleiben. Konzentriertes Lernen ist nur dann möglich, wenn sich Phasen der An- und Entspannung abwechseln. Wenn aber gleich im Anschluss an den Unterricht das Smartphone gezückt wird, bleibt der Schüler auf Dauer an-

gespannt. Darunter leiden seine Konzentrationsfähigkeit, seine Aufmerksamkeit und letztlich seine Bildung. Es ist bereits jetzt zulässig, Smartphones über die Dauer des Schultages zu verwahren. Wir wollen Schulen im ganzen Freistaat ermuntern, derartige Konzepte umzusetzen.



Duale und berufliche Bildung

Für eine Entlastung deutscher Leistungsträger

Nach dem Schulabschluss stehen unseren Schulabgängern viele Wege offen. Unter diesen nimmt die duale Berufsausbildung eine Schlüsselrolle ein. Denn jene, die diesen Weg wählen, bilden das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Sie sorgen nicht nur dafür, dass das Wasser fließt, die Heizung läuft und nachts das Licht angeht. In Fabriken und Werkstätten produzieren sie auch jene Güter, die „Made in Germany“ zum weltweit geschätzten Qualitätsmerkmal gemacht haben. Gerade in Thüringen ist die Herstellung hochwertiger Technik ein zentraler Wohlfandsfaktor.

Egal ob Automobilzulieferung, Optoelektronik oder Biotechnologie: Thüringer Unternehmen schaffen Qualitätsprodukte für die ganze Welt. Diese Qualität hat ihren Ursprung nicht zuletzt im technischen Fachwissen und in der praktischen Erfahrung,

die unsere Betriebe über viele Jahrzehnte angesammelt haben. Es ist diese handwerkliche Tradition, die der dualen Ausbildung ihre zentrale Bedeutung verschafft. Sie reicht das Erbe eines ganzen Berufsstandes von einer an die nächste Arbeitergeneration weiter. Doch gerade diese Art der Ausbildung ist seit Jahren rückläufig. Gab es 2004 in Thüringen noch 51.576 Auszubildende, schrumpfte diese Zahl bis 2024 auf 26.476.

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge hat sich im selben Zeitraum mehr als halbiert.⁷² Der Rückgang der Ausbildungszahlen verursacht einen Fachkräftemangel, der unsere Wirtschaft existenziell bedroht. Thüringer Unternehmen sind nicht mehr in der Lage, abgehende Mitarbeiter zu ersetzen. Im Jahr 2025 kamen auf 100 Ausbildungsplätze lediglich 58 Bewerber.⁷³ Indes machen Beschäftigte mit einem Berufsabschluss 79 Prozent des Arbeitskräftebedarfs bis ins Jahr 2030 aus.⁷⁴

Die etablierte Bildungspolitik hat an dieser Entwicklung ihren Anteil: Beschönigende Noten und ein pädagogischer Unwille, Unterschiede zwischen Schülern anzuerkennen, bestärken den Drang aufs Gymnasium. Die Regelschulen werden systematisch vernachlässigt und zu Gemeinschaftsschulen umgewandelt. „Im kompetenzorientierten Unterricht treten rein formale Methoden an die Stelle echter Bildungsinhalte - gleich einem Stricken ohne Wolle.

Noch grundlegender aber ist die Feststellung vieler Eltern und Schüler, dass ein Ausbildungsberuf sich kaum noch lohnt. Denn für ihre Leistung werden diese Berufe mit bürokratischen Hürden, hohen Steuern und steigenden Energiekosten belohnt. Eine Gesellschaft, deren Wohlstand auf bestimmten Berufen beruht, muss Anreize schaffen, diese zu erhalten. In Deutschland und Thüringen geschieht seit Jahren das Gegenteil. Die Endstation dieser Politik

lautet Deindustrialisierung und Mittelstandszerstörung.

Wir sagen: Deutschland ist eine Industrienation und soll das auch bleiben. Dafür braucht es zahlreiche Reformen in der Wirtschafts-, Steuer- und Energiepolitik – stets mit dem Ziel, dass Bürger, die Wohlstand schaffen, davon auch etwas bekommen. Dazu gehört, dass ihre Karriere ihnen echte Aufstiegschancen bietet. Die Gründung und Übernahme von Betrieben und die Wahrnehmung von Führungsfunktionen sind jedoch an eine höhere Berufsausbildung zum Techniker,

Meister, Betriebswirt oder Fachwirt gebunden. Und diese kostet in Thüringen – je nach Fall – bis zu 10.000 Euro. Über Jahre hinweg haben wir darauf hingewiesen, dass der Meisterbonus von 1.000 Euro pro Absolvent ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Dieser Druck hat letztlich dazu geführt, dass die Fördersumme deutlich erhöht wurde. AfD wirkt! Doch geben wir uns mit diesem Zugeständnis nicht zufrieden: Wir fordern weiterhin eine kostenfreie Berufsausbildung, gebunden daran, dass die Absolventen nach erfolgreicher Prüfung mehrere Jahre in Thüringen verbleiben.

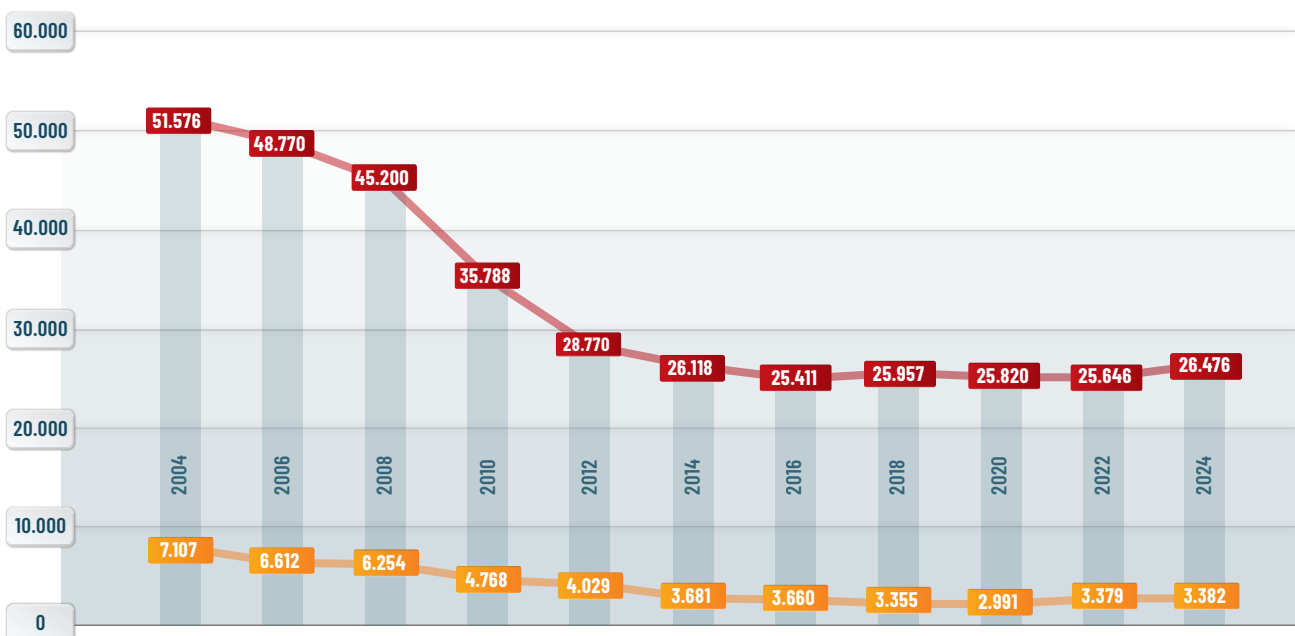
Für eine Aufwertung händischen Lernens

Die besondere Qualität der Berufsausbildung liegt in ihrer Praxisnähe. Hier zeigt sich am deutlichsten, dass Lernen keine reine Kopfsache ist, sondern ein Prozess, in dem Kopf, Herz und Hand gleichermaßen zusammenwirken. Der Mensch ist nur im höheren Sinne lernfähig, weil er handlungsfähig ist. Durch die Schwächung seiner Instinkte lebt er in der Welt – statt in einer artbezogenen Umwelt – und kann mit dieser frei interagieren. Sein Bewusstsein ist daher von seiner gesamten bio-

Anzahl der Auszubildenden und der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Thüringen

■ Auszubildende ■ neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

Quelle: TLS



logischen Struktur her auf das Verhalten bezogen und „auf die Veränderung des Vorfindbaren angewiesen“⁷⁵. Die Bedeutung des händischen Lernens für die menschliche Schaffenskraft ist nicht zu unterschätzen:

„Die Hand, die greifende Hand, das Werkzeug der Werkzeuge, welche selbst Bewegung ist, aber Wirkungen schafft, die ist es, welche die Schöpfung uns aufgetan hat, unsere persönliche Tätigkeit hinausverpflanzte in die Welt der Dinge und so diese als Gebilde unserer eigenen Phantasie, als Gestalten und Objekte wieder in unser eigenes Geistesleben, in unser Inneres zurückschlug.“⁷⁶

Besonders in der Berufsausbildung und in den Regelschulen, die auf die Berufsausbildung vorbereiten, muss diese anthropologische Erkenntnis berücksichtigt werden. Echtes Handwerk lässt sich nicht theoretisch vermitteln, sondern muss praktisch geübt und gefühlt werden. Die unmittelbare Erfahrung im Umgang mit Werkzeugen und -stoffen wirkt sich positiv auf die Entwicklung unserer Schüler aus und weckt in ihnen die Begeisterung für handwerkliche und technische Berufe. Insoweit ist ein gelungener Werkunterricht auch ein wichtiges Hilfsmittel, um dem Fachkräftemangel in den Ausbildungsberufen entgegenzuwirken. Doch die

gegenwärtige Bildungspolitik in Thüringen hat andere Prioritäten.

Besonders in den Regelschulen wird Bildung immer „verkopfter“, man vermittelt abstrakte Methoden ohne handfeste Praxis. Fächerangebote im technischen Bereich werden zu theorielastig ausgestaltet, während technisches Werken vernachlässigt wird. Dazu kommen materielle Engpässe: Ein angemessener Werkunterricht braucht Werkzeuge, spezielle Räumlichkeiten und vor allem qualifizierte Lehrer, die handwerkliche und pädagogische Erfahrung verbinden. Die Rekrutierung solcher Personen aus dem Handwerk wird durch den Fachkräftemangel erschwert und wir geraten in einen Teufelskreis: Immer weniger Werklehrer führen zu immer weniger Schülern, die den Weg ins Handwerk wählen. So schrumpft das Reservoir potenzieller Werklehrer und die nächste Generation hat noch schlechtere Chancen.

Wir wollen diesen Teufelskreis durchbrechen. Die Prioritäten der Bildungspolitik in Thüringen müssen neu ausgerichtet werden. Händisches Lernen muss als Kernprinzip der Regelschule anerkannt und aufgewertet werden. In diesem Sinne muss das Technische Werken klar bevorzugt werden, wenn es um

Personalfragen, Kürzungen der Stundentafel oder die Anschaffung neuer Technik geht. Andere Facetten des praktischen Unterrichts – zum Beispiel die Hauswirtschaftslehre – dürfen dabei nicht vergessen werden. Weiterhin unterstützen wir die Gründung von Schulen, die sich explizit der handwerklichen Praxis widmen, wie dies zum Beispiel an der Werkstattschule Jena der Fall ist.⁷⁷ Modelle dieser Art gilt es zu testen und gegebenenfalls auf ganz Thüringen auszuweiten.

Für die Stärkung unserer Berufsschulen

Für das Funktionieren des dualen Ausbildungssystems sind Berufsschulen unabdingbar. Sie bilden die pädagogische Ergänzung zur betrieblichen Lehre, bündeln Theorie, Praxis, Wissen und Erfahrung. Nicht ohne Grund ist das duale Ausbildungssystem selbst zum internationalen Exportschlager geworden – ganz ähnlich den Produkten, die von den so ausgebildeten Fachkräften hergestellt werden. Trotz alledem wird das Berufsschulnetz im Freistaat Thüringen seit vielen Jahren ausgedünnt. Seit 2005 ist die Zahl der staatlichen berufsbildenden Schulen in Thüringen von 56 auf 37 gesunken. Berufsschulen in freier Trägerschaft haben diesen Rückgang zeit-

weise kompensiert, doch auch deren Zahl ist nunmehr rückläufig.⁷⁸ Besonders im ländlichen Raum wird es für Auszubildende immer schwieriger, ein passendes Berufsbildungsangebot in Wohnortnähe zu finden.

An den verbliebenen Schulen werden immer mehr Bildungszweige geschlossen, so zum Beispiel im Sommer 2025 in Erfurt⁷⁹ und Sonneberg⁸⁰. Auszubildende können sich nicht mehr darauf verlassen, dass eine Klasse, für die sie sich anmelden, überhaupt stattfinden wird. Wir werden diese Entwicklung nicht hinnehmen. Es gilt nicht nur, die Berufsschulen an sich, sondern auch die einzelnen Klassen in ihnen zu erhalten. In diesem Sinne wollen wir die Regelung der Mindestgrößen von Berufsschulklassen flexibilisieren. Die „German Professional School“,

die ausschließlich dazu dient, nichteuropäische Ausländer ohne ausreichende Qualifikationen auf die Berufsausbildung vorzubereiten, wollen wir hingegen schließen. Die Ausbildung heimischer Fachkräfte hat Vorrang vor der Anwerbung von Ausländern.

Des Weiteren fordern wir bessere Bedingungen für die Thüringer Berufsschullehrer. Denn der Lehrermangel an den Berufsschulen führt unter anderem dazu, dass fachpraktische Lehrer in großem Umfang fachtheoretischen Unterricht geben müssen. Offiziell soll dieser zwar nur bis zu 49 Prozent ihrer Tätigkeit umfassen, doch die Realität sieht anders aus. Ihre Besoldung bleibt dabei allerdings auf fachpraktischem Niveau, da eine höhere Eingruppierung einen Hochschulabschluss voraus-

setzt. Indes gibt es in Thüringen keine berufsbegleitenden Angebote für eine dementsprechende Weiterbildung. In Anbetracht solcher Karrierechancen entscheiden sich viele Meister und Techniker lieber für eine Anstellung an einer Regelschule, wo Ausnahmen im Besoldungsrecht gemacht werden.

Wir lehnen diese Ungleichbehandlung ab. Die Maßstäbe des Besoldungsrechts dürfen nicht aufgeweicht oder selektiv angewendet werden – weder im noch gegen das Interesse der Berufsschullehrer. Vielmehr wollen wir dafür sorgen, dass unsere fachpraktischen Lehrer echte Weiterbildungsmöglichkeiten wahrnehmen können – berufsbegleitend und ortsnah. Die Hochschulen des Freistaates müssen hierzu ihren Teil beitragen.

Hochschulbildung

Für Humboldt statt Bologna

Die dritte Säule unseres Bildungssystems ist das Hochschulwesen, welches gerade in Deutschland – dem Land mit der höchsten Hochschuldichte der Welt – auf eine lange und ehrwürdige Tradition zurückblickt.

Seinem Schoß entsprangen im Laufe der Jahrhunderte zahllose Entdeckungen, Erkenntnisse und Erfindungen auf allen wissenschaftlichen Gebieten; Dinge, die die Welt verändert haben. In diesem historisch gewachsenen Netz hat Thüringen einen prominenten Platz: Die Universität Erfurt ist die drittälteste in Deutschland. An der Friedrich-Schiller-Universität Jena wurde die erste Burschenschaft gegründet. In Thüringen lehrten, studierten und wirkten Größen der deutschen Geschichte von Luther über Goethe und Schiller bis hin zu Abbe, Schott und Zeiss. Hier entstanden die Weimarer Klassik, der deutsche Idealismus und das Bauhaus.

Es war das Ziel Wilhelm von Humboldts, die Voraussetzungen dieser Schaffenskraft im Bildungssystem zu verstetigen. Das Humboldt'sche Bildungsideal wurde vor allem auch für die Hochschulen entwickelt. Insofern gilt: Auch Hochschulbildung ist Selbstzweck. Allerdings gestaltet sich dieser Selbstzweck völlig anders als in der Allgemeinbildung. Die Hochschule darf nie einfach nur die Fortsetzung der Schule mit anderen Mitteln sein:

„Es ist ferner eine Eigenthümlichkeit der höheren wissenschaftlichen Anstalten, dass sie die Wissenschaft immer als ein noch nicht ganz aufgelöstes Problem behandeln und daher immer im Forschen bleiben, da die Schule es nur mit fertigen und abgemachten Kenntnissen zu thun hat und lernt.“⁸¹

Die prinzipielle Offenheit der Wissenschaft als nie abgeschlossener Prozess bedingt das Kernprinzip des Humboldt's-

chen Hochschulwesens, die Einheit von Forschung und Lehre: Wissenserkenntnis und Wissensvermittlung stehen in einer wechselseitigen Beziehung, die einander bereichert. Die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden ist die logische Folge dieses Grundsatzes: Dozenten sollen nicht nur Wissen vermitteln und Studenten nicht nur lernen, sondern zusammen neues Wissen schaffen. Es ist genau diese innige Verbindung, durch welche die Hochschulen in Deutschland und Thüringen ihre außerordentliche Dynamik entfalten konnten. Doch trotz seines Erfolges wurde das deutsche Hochschulsystem in den letzten Jahrzehnten radikal umgebaut.

Grund hierfür ist der sogenannte Bologna-Prozess, ein Reformvorhaben aus dem Jahr 1999, durch das die Hochschulbildung in Europa ökonomischer, standardisierter und gleichmäßiger gemacht werden soll. Das Hochschulwesen wird zum Hoch-

schulbetrieb Damit stirbt nicht nur die Einheit von Forschung und Lehre, sondern auch deren Freiheit. Akademische Freiheit ermöglicht und beruht gleichzeitig auf der Eigenverantwortung der Lehrenden und Lernenden und deren Selbständigkeit. Anstatt allerdings Selbständigkeit zu fördern, führen die Hochschulen die Studenten an der Hand durch vorstrukturierte Kurse, in denen es keinen Platz für „forschendes Lernen“⁸² gibt. Dadurch verlieren Deutschland und Thüringen eben jene dynamische Schaffenskraft, welche die Humboldt'sche Hochschule auszeichnete.

Statt der universalen Bildung, die eine Universität ausmacht,

erhalten unsere Studenten Abschlüsse, die mit der Qualität des traditionellen Diploms oder Magisters nicht vergleichbar sind. Vor allem das Bachelorstudium wurde vorgeblich auf die praktische Anwendung hin orientiert, vermittelt aber nicht die gleiche Berufsmaturität wie eine klassische Berufsausbildung oder ein Fachhochschuldiplom.

Die Absolventen haben auf dem Arbeitsmarkt nur geringe Chancen und werden in das Masterstudium getrieben, auch wenn sie kein Interesse an einer wissenschaftsorientierten Ausbildung und Karriere haben. Laut offiziellen Zahlen wählt etwa die Hälfte der Bachelorabsolventen in Deutschland diesen Weg.⁸³

Nach über zwanzig Jahren muss der Bologna-Prozess als gescheitert angesehen werden. Dennoch klammern sich die etablierten Parteien an die Vereinbarung von 1999, obwohl diese kein bindendes Recht darstellt.⁸⁴ Die Reformen, die seitdem eingeführt wurden, könnten einfach beendet werden. Genau das ist unsere Forderung.

Den Hochschulen soll echte Autonomie in der Wahl ihres Studienmodells eingeräumt werden. Neben Bachelor und Master sollen auch wieder die bewährten Studiengänge für Magister- und Diplomabschlüsse angeboten werden. Welches Studienmodell für sie zielführender ist, entscheiden die Studenten selbst.



Das ist eigenverantwortliche, akademische Freiheit.

Für eine vernünftige Hochschulfinanzierung

Ein Ziel der Bologna-Vereinbarung war es, die Hochschule zu ökonomisieren. Tatsächlich jedoch sind die Kosten der Hochschulen seit 1999 regelrecht explodiert. Der Wechsel vom Eigenstudium zu modularen Kursen erhöht den Betreuungsaufwand pro Student. Das Dickicht neuer Studiengänge bedingt eine Akkreditierungsbürokratie, die jährlich Kosten in dreistelliger Millionenhöhe verursacht.⁸⁵ Dazu kommen die Dozenten, die eingestellt wurden, um die Masse der Studenten serienmäßig abzufertigen. Da sie kaum noch Zeit für Forschung haben, bleiben sie lange Teil eines akademischen Prekariats mit befristeten Arbeitsverträgen und geringem Gehalt. Wer aufsteigen will, muss publizieren – egal, ob die unter Zeitdruck und Sachzwang durchgeführte Forschung unser Wissen auch wirklich bereichert. Statt Exzellenz zu fördern, produziert „Bologna“ belanglose akademische Massenware.

Die Fähigkeit, zusätzliche Mittel für diese Massenproduktion einzuwerben, ist längst zum Hauptkriterium des beruflichen Fortkommens im Hochschulbe-

trieb geworden. Die Hochschulen sind abhängig von Drittmittelzuwendungen aus Wirtschaft und Politik, die dadurch enormen Einfluss auf die Wissenschaft gewinnen. Wer Drittmittel vergibt, entscheidet, welche Forschung in welchem Bereich mit welcher Zielsetzung durchgeführt werden kann. Auf diese Weise werden ganze Disziplinen aus dem Boden gestampft und Professoren effektiv nach der Hörigkeit gegenüber ihren Geldgebern ausgewählt:

„Die üppige staatliche Finanzierung der Wissenschaft führt direkt zur Massenproduktion falschpositiver, nie replizierbarer Befunde, zur Proliferation von Pseudowissenschaften und Orchideenfächern, sie fördert das Aufblähen der kafkaesken Wissenschaftsbürokratie, begünstigt die Verflechtung der Wissenschaft mit der Politik, macht die Wissenschaft vom politischen Mainstream abhängig und gefährdet die im Grundgesetz verankerte Freiheit von Forschung und Lehre.“⁸⁶

Die Rahmenvereinbarung zwischen dem Freistaat Thüringen und den zehn Hochschulen des Landes ist ein Paradebeispiel für diese Art finanzieller Disziplinierung. Um staatliche Gelder zu erhalten, werden sie dazu verpflichtet, sich zu den Zielen der Globalisierung, der Diversität und einer klimapolitischen

Gesellschaftstransformation zu bekennen. Die Gleichstellung der Geschlechter soll durch Quoten und Parität erzwungen werden. Der finanzielle Druck hält die Hochschulen auf Linie mit den alteingesessenen Parteien. Der Geist der Universität weicht einer technokratischen „Legitimationswissenschaft“⁸⁷.

Wir stellen uns gegen diese ideologische Untergrabung des Thüringer Hochschulwesens. Es ist nicht die Aufgabe der Landesregierung, den Hochschulen eine politische Agenda aufzuzwingen. Es ist nicht die Aufgabe einer Rahmenvereinbarung, für die Durchsetzung dieses Kurses finanziellen Druck aufzubauen. Vielmehr muss das Ziel sein, die Hochschulen bei strategischen Ausgaben – beim Hochschulbau, bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder bei Pensionskosten – zu entlasten, damit sie sich freier und unabhängiger bewegen können. Die entscheidenden Werte, denen sie sich dabei verpflichtet fühlen sollen, sind Wahrheitsfindung und Wissenschaftsfreiheit. Beide sind aktuell so bedroht wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik.

Für die Freiheit von Forschung und Lehre

Im 18. und 19. Jahrhundert galten die Thüringer Universitäten als



Orte der Liberalität, an denen die Freiheit des Wortes hochgeachtet wurde. Heute herrscht an den Hochschulen des Freistaates ein bleiernes Klima. Meinungskorridore werden eng gezogen, Abweichler werden isoliert und abgekanzelt, die große Mehrheit zensiert sich selbst. Unter diesen Bedingungen ist eine freie Wissenschaft unmöglich. Wir setzen uns dafür ein, die „Cancel Culture“ aus den Hochschulen zu fegen. Dozenten und Studenten dürfen nicht fürchten, wegen ihrer Meinung oder wissenschaftlichen Position benachteiligt zu werden. Des Weiteren wollen wir institutionelle Schranken der Wissenschaftsfreiheit, zum Beispiel den staatlichen Zwang zur sogenannten Zivilklausel (die Verpflichtung, keine militärisch nutzbare Forschung zu betrei-

ben), abschaffen. Mündige Akademiker können ohne politische Bevormundung selbst entscheiden, was sie erforschen wollen.

Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit kommen aber nicht nur von staatlicher Seite oder vonseiten der Hochschulleitungen. Eine wesentliche Triebkraft dieser Entwicklung sind die Organe der sogenannten „verfassten Studierendenschaften“. Diese betätigen sich als Aktivisten mit einem totalitären Machtanspruch, der weit über ihr hochschulpolitisches Mandat hinausreicht. Unliebsame Meinungen und Personen – vor allem auch aus den traditionellen Studentenverbindungen – werden ausgeschlossen, missliebige Veranstaltungen gestört oder Vorlesungsräume besetzt.

Die Hochschulleitungen werden unter Druck gesetzt, sich zu allgemeinpolitischen Themen zu positionieren. Dabei stellen die „Studierendenräte“ an den Thüringer Hochschulen nicht wirklich repräsentative Gremien dar. An ihren Wahlen nehmen in den meisten Hochschulen regelmäßig gerade einmal etwa zehn Prozent der Wahlberechtigten teil.

Unter diesen Bedingungen gelingt es einer gut organisierten Minderheit linker Aktivisten, die „Studierendenräte“ zu dominieren und politisch zu missbrauchen. Sie stehen dabei in enger Verbindung zu teils extremistischen Organisationen, denen auch Räumlichkeiten in der Universität zur Verfügung gestellt werden. Ihre eigentlichen Auf-

gaben – die Vertretung studentischer Interessen und die Betreuung des studentischen Lebens – nehmen sie indes kaum wahr. Die ihnen zur Verfügung gestellten Gelder setzen sie unwirtschaftlich und intransparent ein, sodass der Thüringer Rechnungshof bereits im Jahr 2012 empfahl, „die Bildung von verfassten Studierendenschaften und die damit einhergehende Pflichtmitgliedschaft [...] hochschulrechtlich nicht mehr vorzusehen.“⁸⁸ Wir begrüßen diese klaren Worte und schließen uns der Ansicht des Rechnungshofes an.

Wir wollen die „verfasste Studierendenschaft“ abschaffen. Sie dient hauptsächlich der Versorgung und der Machtausübung einer aktivistischen Minderheit

mit Verbindungen in linksextreme Netzwerke. Die Studenten in Thüringen brauchen keine ideologisch besetzten Gremien, um ihre Interessen zu vertreten. Privatrechtliche Vereinigungen sind, wie das Beispiel Bayerns, wo es keine „verfassten Studierendenschaften“ gibt, beweist, für diese Aufgabe weit besser geeignet.

Die linksextremen Strukturen, die sich an vielen Hochschulen verfestigt haben, müssen hingegen aufgedeckt und trockengelegt werden. Kein Cent staatlicher Mittel darf solchen Organisationen zufließen. Es ist Zeit, das Klima der Angst und der Einschüchterung an unseren Hochschulen zu beenden. Unsere Studenten sollen ihre vielfältigen Meinungen frei dis-

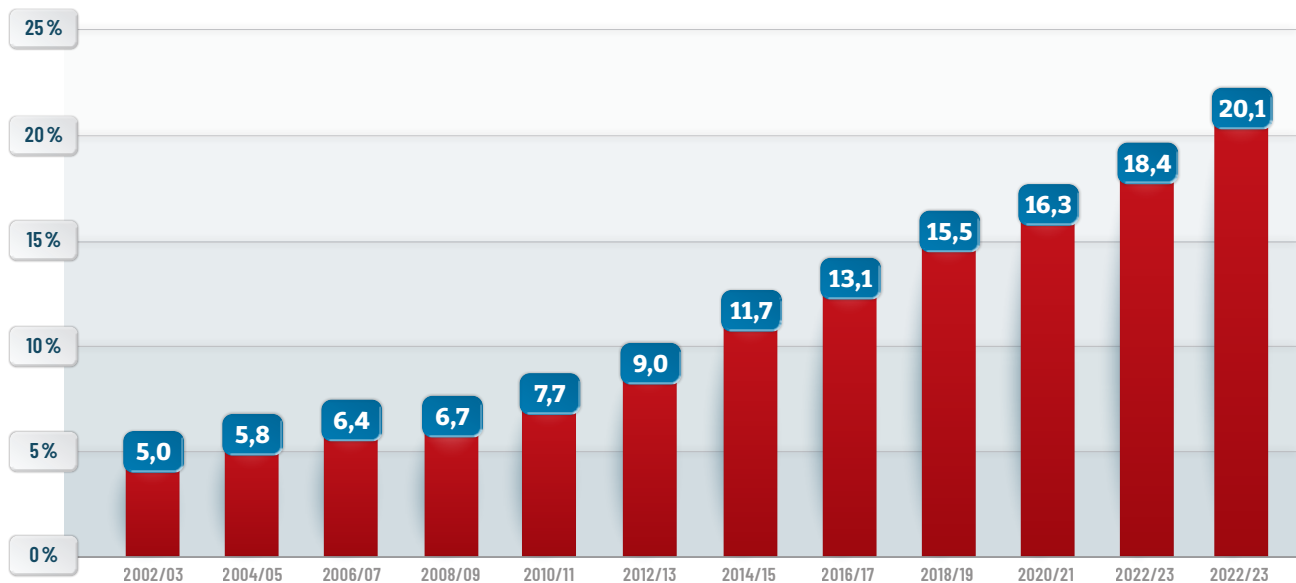
kutieren können.⁸⁹ Die Universitäten müssen ein Ort des Pluralismus sein.

Für die Thüringer Studenten

Die Hochschulen unseres Freistaates dienen der Forschung und Lehre in Thüringen und auch für Thüringen. Zwar ist auch die Hochschulbildung Selbstzweck im Humboldt'schen Sinne. Doch die Finanzierung dieses Selbstzwecks mit öffentlichen Mitteln ist nur legitim, insofern er dem Gemeinwohl zugutekommt. Gut ausgebildete Akademiker erfüllen diese Bedingung, indem sie zur Wirtschaftskraft, zur Kultur und zum sozialen Engagement ihres Gemeinwesens beitragen. Allerdings sägt das gegenwärtige Finanzierungsmodell an diesem Interessenausgleich.

Anteil der Ausländer an Thüringer Hochschulen*

Quelle: TLS, *mit Ausnahme der IU Internationale Hochschule; Werte auf eine Nachkommastelle gerundet



Da die Gewährung staatlicher Mittel an die Anzahl der Studenten gekoppelt ist, sind die Hochschulen bestrebt, Studenten möglichst lange und in möglichst kostengünstigen Studiengängen zu halten – unabhängig davon, ob Absolventen in diesen Fächern in großer Zahl benötigt werden. So bewirbt man sehr aktiv Studiengänge in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, die relativ wenige Kosten verursachen, um mit den Mitteln, welche diese Studenten bringen, kostenintensivere Angebote in den Naturwissenschaften zu finanzieren. Hier muss eine Rahmenvereinbarung ihrer Aufgabe gerecht werden und den Hochschulen die Anreize nehmen, sich derart widersinnig zu verhalten.

Stattdessen verpflichtet die Landesregierung gegenwärtig die Thüringer Hochschulen im Rahmen einer „Internationalisierungsstrategie“ auf die gezielte Erhöhung des Anteils ausländischer Studenten. Zu diesem Zweck wird unter anderem der Ausbau englischsprachiger Kurse forciert. Das Deutsche – einst eine der drei großen Wissenschaftssprachen – wird somit noch weiter verdrängt. Dies schadet nicht

nur dem Wissenschaftsstandort Deutschland, sondern der Wissenschaft selbst. Kritische Stimmen warnen mit Blick auf die Fokussierung auf Englisch als Wissenschaftssprache, „dass wissenschaftliche Einsprachigkeit [...] die Perspektiven auf wissenschaftliche Gegenstände verengt, den wissenschaftlichen Wettbewerb erschwert und die Wissensweitergabe in der wissenschaftlichen Lehre gefährdet.“⁹⁰ Trotz dieser Einwände führt die Landesregierung die Anglisierung und die Internationalisierung der Thüringer Hochschulen unbeirrt fort, mit dem Ergebnis, dass sich der Anteil der ausländischen Studenten in Thüringen seit 2000 mehr als verfünffacht hat.

Durch dieses Handeln kündigt die Landesregierung den Interessen ausgleich zwischen Hochschulen und Gemeinwohl faktisch auf. Denn in der Tat verlässt die Mehrheit der ausländischen Studenten den Freistaat Thüringen unmittelbar nach Abschluss ihres Studiums. Insbesondere Studenten aus Indien und China, wo die Studiengebühren bis zu 5.000 Euro pro Jahr betragen, holen sich in Deutschland einen günstigen Abschluss, ohne jemals zum Wohle des Gemein-

wesens beizutragen, das ihnen dieses Studium überhaupt ermöglicht hat. Diese Tatsache wiegt umso schwerer, als diese Studenten überwiegend in kostenintensiven Studiengängen eingeschrieben sind.⁹¹ Dazu kommen noch die Kosten, die durch zusätzlichen Betreuung- und Verwaltungsaufwand entstehen. Insgesamt verursacht ein ausländischer Absolvent etwa dreimal so hohe Kosten wie ein Bildungsinländer.

Der Thüringer Rechnungshof hat daher bereits 2020 angeregt, dass „die Hochschulen – wie in anderen Ländern und EU-Staaten praktiziert – Nicht-EU-Studenten an diesen hohen Kosten durch maßvolle Studiengebühren beteiligen können.“⁹² Genau das ist unsere Forderung: Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer im Umfang von 1.300 Euro pro Jahr, wie dies in Baden-Württemberg bereits der Fall ist.⁹³ Thüringer Interessen müssen auch im Hochschulwesen gewahrt werden. In diesem Sinne fordern wir des Weiteren eine Landeskinderquote im medizinischen Bereich. So wollen wir sicherstellen, dass Thüringer Bewerber bei der Platzvergabe in Studiengängen mit hohen Zulassungsbeschränkungen bevorzugt werden.

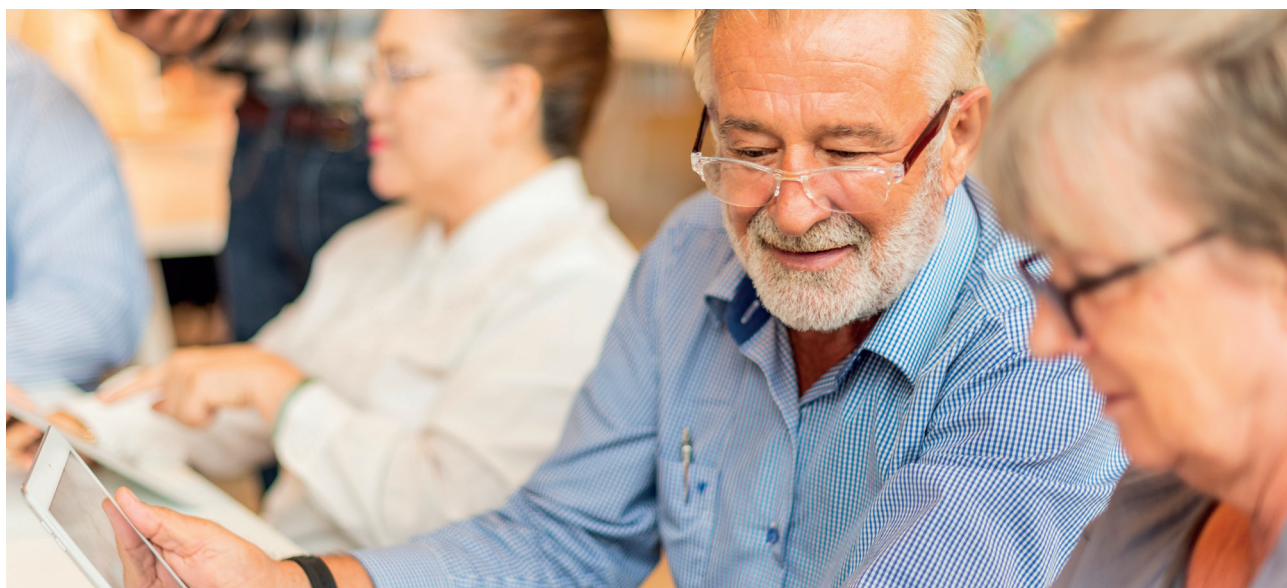
Lebenslanges Lernen

Ein erfolgreicher Abschluss bedeutet noch lange nicht das Ende des Bildungsweges. Denn Bildung als Selbstzweck, als Prozess der Weltaneignung und Selbstveredelung, ist eine Lebensaufgabe: „Wie für das ganze Menschengeschlecht die Welt eine Schule ist, vom Anbeginn der Zeit bis zu ihrem Ende, so ist auch für jeden einzelnen Menschen sein ganzes Leben eine Schule, von der Wiege bis zur Bahre.“⁹⁴ Daher stehen wir hinter dem Prinzip des lebenslangen Lernens. Den Bürgern unseres Freistaates muss die Möglichkeit

offenstehen, sich im Rahmen ihrer Interessen weiterzubilden – auch nachdem sie ihre akademische oder berufliche Bildung abgeschlossen haben. Derartige Angebote müssen in ausreichender Zahl und zu angemessenen Preisen vorhanden sowie am Interesse der Bevölkerung orientiert sein.

Fehlt einer dieser drei Aspekte, droht lebenslanges Lernen zum Luxus einer – finanziell oder inhaltlich definierten – Minderheit zu werden. Dies zu verhindern, ist die Aufgabe des Freistaates bei

der Finanzierung der Volks- und Heimvolkshochschulen sowie der freien Träger der Erwachsenenbildung in Thüringen. Doch stattdessen werden gerade diese Institutionen auf die Einheitsfront der sogenannten „demokratischen Parteien“⁹⁵ gegen den „Rechtsruck“⁹⁶ eingeschworen. Besonders bei den freien Trägern, von denen viele klar dem linken Spektrum zugeordnet werden können, nimmt die politische Bildung einen großen und wachsenden Teil ihres Angebotes ein. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass



die Landesregierung die Mittel für diese Einrichtungen deutlich erhöhen und institutionell verankern will.⁹⁷

Wir stehen für eine faire Finanzierung der Erwachsenenbildung ohne ideologische Vereinnahmung. Die geplante Überführung von projektbezogenen Fördermitteln in die Grundförderung der betroffenen Einrichtungen lehnen wir ab. Statt Institutionen durch pauschale Zuweisungen hörig zu machen, sollen deren Projekte weiterhin einzeln auf ihre Förderwürdigkeit hin geprüft werden. Bleibt dieses Prinzip gewahrt, unterstützen wir Mitarbeiterhöhungen, wo diese angemessen sind. Diese sollen nicht nur dem Ausgleich von politisch bedingten Kostensteigerungen dienen, sondern auch dem Angebotsausbau.

So wollen wir unter anderem das Studium generale für alle Altersgruppen stärken und dahingehende Kooperationen mit den Hochschulen des Freistaates unterstützen. Unser Hauptaugenmerk gilt jedoch dem sogenannten zweiten Bildungsweg. Etwa ein Zehntel der Thüringer verlässt die Schule ohne einen

ersten Abschluss und bleibt langfristig an Sozialleistungen oder den Niedriglohnsektor gebunden. Für diese Menschen ist die Möglichkeit, ihren Abschluss nachzuholen, eine lebensverändernde Chance. Doch gibt es in ganz Thüringen keine staatlich anerkannte Abendschule.⁹⁸ Wir wollen dies ändern.

Diese sozioökonomische Bedeutung des lebenslangen Lernens tritt vor allem auch in der berufsbegleitenden Fort- und Weiterbildung hervor. Fachliche Schulungen, zusätzliche Qualifikationen und Zertifikate bieten Aufstiegschancen für die Leistungsträger unserer Gesellschaft und halten Thüringen wettbewerbsfähig. Besonders durch technologische Neuerungen unterliegt das moderne Wirtschaftsleben einer rasanten Dynamik, sodass die Vermittlung neuer Techniken, Standards und Konzepte nicht vernachlässigt werden darf. Die Teilnahme an berufsbegleitenden Fort- und Weiterbildungen zu ermöglichen, liegt im Interesse der Arbeitgeber. Und genau deswegen braucht es keine überbordende und bürokratische Regulierung des Bildungsurlaubs. Wir fordern dementsprechend

die Abschaffung des Thüringer Bildungsfreistellungsgesetzes (ThürBfG).⁹⁹

Dessen Vorgaben – zum Beispiel zu Genehmigungsfristen und zulässigen Ablehnungsgründen – sind eng gefasst und betriebspraktisch nicht tragfähig, besonders für kleine und mittlere Unternehmen. Diese tragen einseitig die Kosten, die aus dem Ausfall der beurlaubten Mitarbeiter entstehen, während Inhalt und Nutzen der Bildungsveranstaltungen für die Genehmigung völlig unerheblich sind.

So handelt es sich bei vielen der Veranstaltungen, die über das ThürBfG besucht werden, um freizeitorientierte oder politische Angebote ohne Arbeitsbezug. Yogakurse, Sprachreisen und Seminare „gegen rechts“ haben mit beruflicher Weiterbildung nichts zu tun. Vor allem die politischen Vorträge und Seminare werden dabei von einschlägigen Akteuren der sogenannten Zivilgesellschaft angeboten. Einmal mehr wird hier die linke Indoktrination unserer Gesellschaft auf dem Rücken ihrer Leistungsträger ausgetragen. Dem wollen wir ein Ende bereiten.

Bildung für eine nationale Wiederbelebung!

Deutschland befindet sich in einer Wendezeit. Nach Jahrzehnten der „Stasis“¹⁰⁰ unter der Ägide der alteingesessenen Parteien kommt Bewegung in die Bundesrepublik. Unsere Fraktion, die seit 2014 im Thüringer Landtag besteht, ist Teil dieser Bewegung, die sich gegen eine vermeintlich alternativlose Politik richtet. Von der Euro- über die Flüchtlingskrise, durch die Coronajahre hindurch bis heute haben wir uns dafür eingesetzt, Thüringen wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. Wir wollen

Probleme lösen, statt sie zu verwalten. Wir wollen eine Politik im Interesse des Volkes. Kurzum: Wir wollen wieder Normalität. Gerade die braucht es in der Bildung dringender denn je.

Seit Jahrzehnten wird das Bildungssystem dauerreformiert. Schüler, Lehrer und Eltern kommen kaum zur Ruhe. Es fehlt an Kontinuität, weil der Schulfrieden immer wieder aufs Neue gebrochen wird. In die Bruchstellen zwängen sich ideologische Experimente, die bewähr-

te Lehrkonzepte aushöhlen und die Autorität des Lehrers untergraben. Anstatt Schulgebäude zu sanieren, werden die Grundfesten des Schulwesens eingerissen. Die Schule mutiert vom Bildungsort zur politischen Experimentieranstalt. Sie soll therapieren, integrieren, inkludieren – und erreicht letztlich nur die Indoktrination unserer Kinder. Sie leiden unter einer Sinn- und Identitätskrise, einer nationalen Perspektivlosigkeit und den Folgen der anhaltenden Massenzuwanderung. Sie ver-



lassen unsere Schulen allzu oft ohne Reife, weder für die Hochschule noch für die Berufsausbildung.

Dort setzt sich die Misere der etablierten Bildungspolitik nahtlos fort. Das Handwerk in Bildung und Beruf wird abgewertet, das Berufsschulsystem ausgeblutet. Während die Betriebe unserer Region händeringend nach Fachkräften suchen, werden unsere Schüler in Massen auf die Hochschulen gedrängt. Dort werden sie durch eine verschulte Ausbildung geschleust, die mit dem Humboldt'schen Universitätsgedanken nichts mehr zu tun hat. Statt der Freiheit von Forschung und Lehre, die auf Eigenverantwortung und Exzellenz beruht, geben Aktivisten und Drittmittel den Ton an.

Insofern die etablierten Parteien in diesen Zuständen überhaupt ein Problem erkennen, reagieren sie darauf höchstens mit ober-

flächlichen Korrekturen. Wir sagen: Schluss damit. Wir müssen die Ursachen der Bildungskrise bekämpfen, nicht ihre Symptome. Wir sind die Alternative zur Politik des verwalteten Niedergangs. Diese Alternative hat ihre Wurzeln in jener Bildungstradition, die Deutschland einst groß gemacht hat; eine Größe, die möglich ist, wenn nur der politische Wille dazu besteht. Wir wollen ein gegliedertes Schulsystem, das Kopf, Herz und Hand vereint. Wir wollen eine Inklusion mit Augenmaß, die das Wohl des Kindes in den Vordergrund stellt. Wir wollen einen politisch neutralen Unterricht. Wir wollen die Berufsschulen stärken und Leistungsträger entlasten. Wir wollen die Freiheit von Forschung und Lehre wiederherstellen. Wir wollen Bildung – aber normal.

Die Maßnahmen, um diese Positionen in die Tat umzusetzen, sind vielzählig und viel-

fältig. Jede einzelne für sich genommen, bewirkt zwar eine unmittelbare Entlastung, aber keine langfristige Gesundung unseres Bildungssystems. In ihrer Gesamtheit jedoch sind sie die Chance einer echten bildungspolitischen Wende. Eine solche Wende birgt in sich wiederum die Chance auf eine zukunfts feste Stärkung Thüringens – seiner Kultur, seiner Wirtschaft, seiner Wissenschaft. Denn die Lebenskraft, die für diese Renaissance nötig ist, steckt bereits in unserer Jugend. Sie muss freigelegt werden, wenn sie sich entwickeln soll – frei von ideologischem Ballast, entmündigender Technokratie und mit moderner und angemessener Infrastruktur. Wir nehmen uns dieser Sache an. Es gilt, heute die Samen zu sähen, aus denen in Zukunft ein besseres Thüringen erwachsen kann. Das sehen wir als unseren historischen Auftrag an.

- 1 Vgl. Meyer, John W. (1977): *The Effects of Education as an Institution*, in: *The American Journal of Sociology*, 83:1, S. 55 – 77, hier S. 65.
- 2 Kant, Immanuel (1784): *Beantwortung der Frage „Was ist Aufklärung?“*, in: *Berlinische Monatsschrift*, 12, S. 481 – 494, hier S. 481.
- 3 Adorno, Theodor W. (1969): *Kritik*, in: *Die Zeit*, 1969:26, <https://www.zeit.de/1969/26/kritik>.
- 4 Gehlen, Arnold (1986): *Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt*, 13. Aufl., AULA-Verlag: Wiesbaden, S. 131.
- 5 Hentig, Hartmut von (1996): *Bildung. Ein Essay*, Hanser: München/Wien, S. 40.
- 6 Vgl. Gruschka, Andreas & Krath, Stefany (2018): „Kompetenzorientierung ist nicht eine Erfindung von Pädagogen, sondern von der OECD in Paris“, in: *Begegnung. Deutsche schulische Arbeit im Ausland*, 2018:1, S. 28 – 30, hier S. 29.
- 7 Pinker, Steven (2017): *Das unbeschriebene Blatt. Die Moderne Leugnung der menschlichen Natur*, 2. Aufl., Fischer: Frankfurt am Main, S. 24.
- 8 Ladenthin, Volker (2010): *Kompetenzorientierung als Indiz pädagogischer Orientierungslosigkeit*, in: *Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik*, 86:3, S. 346 – 358, hier S. 350.
- 9 Vgl. Stanat, Petra et al. (2022): *IQB-Bildungstrend 2022. Sprachliche Kompetenzen am Ende der 9. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich*, Waxmann: Münster/ New York, S. 438 ff.
- 10 Vgl. Stanat, Petra et al. (2024): *IQB-Bildungstrend 2024. Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen am Ende der 9. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich*, Waxmann: Münster/New York, S. 464.
- 11 Vgl. Lewalter, Doris et al. (2022): *PISA 2022. Analyse der Bildungsergebnisse in Deutschland*, Waxmann: Münster/New York, S. 318.
- 12 Scheler, Max (2016): *Die Stellung des Menschen im Kosmos*, Holzinger: Berlin, S. 7.
- 13 Vgl. Lewalter et al. (2022), S. 317 ff.; Stanat et al. (2022), S. 435 ff.; Stanat et al. (2024), S. 464.
- 14 Vgl. Statistisches Informationssystem Bildung: Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher in Thüringen, <https://www.schulstatistik-thueringen.de/html/themen/schullaufbahn/schulabbrecher-thueringen.html>.
- 15 Vgl. Statistisches Informationssystem Bildung: Unterrichtsausfall in Thüringen, <https://www.schulstatistik-thueringen.de/html/themen/schueler/unterrichtsausfall-thueringen.html>.
- 16 Vgl. Gehlen (1986): *Der Mensch*, S. 205 ff.
- 17 Meves, Christa & Ragg, Michael (2020): „Gläubig war ich immer“, in: *PUR Magazin* 2020:3, S. 12 – 17, hier S. 14.
- 18 Vgl. Fichte, Johann G. zitiert nach Keil, Richard & Keil, Robert (1858): *Geschichte des Jenaischen Studentenlebens von der Gründung der Universität bis zur Gegenwart. Eine Festgabe zum dreihundertjährigen Jubiläum der Universität Jena*, Brockhaus: Leipzig, S. 292.
- 19 Vgl. Statistisches Informationssystem Bildung: Anzahl der Schulen in Thüringen im Überblick, <https://www.schulstatistik-thueringen.de/html/themen/schulen/schulen-anzahl-thueringen.html>.
- 20 Klafki, Wolfgang (1959): *Das pädagogische Problem des Elementaren und die Theorie der kategorialen Bildung*, in: ders. (1963): *Studien zur Bildungstheorie und Didaktik*, Beltz: Weinheim/Basel, S. 24.
- 21 Gruschka & Krath (2018), S. 28.
- 22 Ladenthin, Volker (2010), S. 350.
- 23 Werner, Rainer (2020): *15 Jahre Kompetenzorientierung im Unterricht. Kein Grund zum Feiern*, in: *Für eine gute Schule*, <https://guteschuleblog.wordpress.com/2020/02/09/15-jahre-kompetenzorientierung-im-unterricht-kein-grund-zum-feiern/>.
- 24 Vgl. Hess, Miriam et al. (2020): *Effekte der Konzeption „Lesen durch Schreiben“ auf verschiedene Teilbereiche lauttreuer und orthografischer Verschriftung in der Mitte des ersten Schuljahres*, in: *Zeitschrift für Grundschulforschung*, 13, S. 317 – 337; Kuhl, Tobias & Röhr-Sendmeier, Una M. (2018): *Rechtschreiberfolg nach unterschiedlichen Didaktiken. eine kombinierte Längsschnitt-Querschnittstudie in der Grundschule*, in: *Verband Reale Bildung (Hrsg.): 20-Weitblick-Winter-2018. Band 2*, S. 6 – 9.
- 25 Unsere Initiative hierzu: Afd-Fraktion im Thüringer Landtag (2020): *Keine Experimente mit unseren Kindern. Lernmethode „Lesen durch Schreiben“ abschaffen!*, Drucksachennummer 7/350.
- 26 Vgl. Berninger, Virginia W. et al. (2006): *Early Development of Language by Hand. Composing, Reading, Listening, and Speaking Connections, Three Letter-Writing Modes, and Fast Mapping in Spelling*, in: *Developmental Neuropsychology*, 29:1, S. 61 – 92; Early, George H. (1973): *The Case for Cursive Writing*, in: *Academic Therapy*, 9:1, S. 105 – 108.
- 27 Ladenthin (2010), S. 350.
- 28 Pindar (1984): *Siegeslieder. Griechisch und deutsch, Sammlung Tusculum*: München/Zürich, S. 45.
- 29 Vgl. Statistisches Informationssystem Bildung: Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher in Thüringen.
- 30 Vgl. Statistisches Informationssystem Bildung: Abiturdurchschnitt in Thüringen, <https://www.schulstatistik-thueringen.de/html/themen/schullaufbahn/abiturdurchschnitt-thueringen.html>.
- 31 Vgl. Stanat et al. (2022), S. 67 ff.
- 32 Vgl. Statista (2025): *Jugendarbeitslosenquote (15 bis unter 25 Jahre) in Deutschland nach Bundesländern im April 2025*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/189105/umfrage/jugendarbeitslosenquote-nach-bundeslaendern/>.
- 33 Vgl. Gehlen, Arnold (1986): *Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen*, AULA-Verlag: Wiesbaden, S. 12 ff.
- 34 Fichte zitiert nach Keil & Keil (1858), S. 292.
- 35 Vgl. BARMER Institut für Gesundheitssystemforschung: *Kinder mit ambulant dokumentierten Diagnosen nach Top-ICD-10-Dreistellern*, <https://www.bifg.de/publikationen/reporte/arztreport/arztreport-kinderatlas-ambulante-diagnosen-nach-top-icd-10-dreistellern>.
- 36 Humboldt, Wilhelm von (1809): *Brief aus Berlin vom 11. März 1809 an Karoline von Humboldt*, in: Freese, Rudolf (1986): *Wilhelm von Humboldt. Sein Leben und Wirken, dargestellt in Briefen, Tagebüchern und Dokumenten seiner Zeit*, 2. Aufl., Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt, S. 471 – 474, hier S. 472 f.
- 37 Vgl. Landesmusikrat Thüringen: *Statement gegen die Kürzung des Musikunterrichts an Thüringer Schulen*, <https://www.lmrthueringen.de/aktuell/981/statement-gegen-die-kuerzung-des-musikunterrichts-an-thueringer-schulen->.
- 38 Unsere Initiative hierzu: Afd-Fraktion im Thüringer Landtag (2019): *Gesetz zur Förderung und Anerkennung von Musikschulen im Freistaat Thüringen. Thüringer Musikschulgesetz*, Drucksachennummer 6/6936.
- 39 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: *Beutelsbacher Konsens*, <https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/>.
- 40 Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (2019): *Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre*, Das Netz: Weimar, S. 82.
- 41 Vgl. Gehlen (1986): *Der Mensch*, S. 68 f.
- 42 Unsere Initiative hierzu: Afd-Fraktion im Thüringer Landtag (2025): *Keine Gendersprache an Thüringer Schulen – Landtagsbeschluss konsequent umsetzen*, Drucksachennummer 8/292.
- 43 Vgl. Petzina, Dietmar & Abelshauer, Werner & Faust, Anselm (1978): *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914 – 1945*, 3. Band, C. H. Beck: München, S. 165.
- 44 Vgl. Statistisches Bundesamt (2025): *Pressemitteilung Nr. 090 vom 12. März 2025*, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/03/PD25_090_211.html; vgl. ders. (2025): *Pressemitteilung Nr. N042 vom 13. August 2025*, www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/08/PD25_N042_211.html.
- 45 Vgl. Mitteldeutscher Rundfunk (2025): *Verband. An Thüringer Schulen fehlen 2.000 Lehrer*, <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/lehrmangel-quereinsteiger-erzieher-100.html>.
- 46 Vgl. Statistisches Informationssystem Bildung: *Unterrichtserfüllung. Ersatzloser Ausfall ABS und BBS*, <https://www.schulstatistik-thueringen.de/?DocID=090>.
- 47 Vgl. Statistisches Informationssystem Bildung: *Durchschnittsalter der Lehrerinnen und Lehrer in Thüringen*, <https://www.schulstatistik-thueringen.de/html/themen/personal/durchschnittsalter-lehrer-thueringen.html>; Statistisches Bundesamt: *Altersverteilung der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen*, https://www.de-statis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/_Grafik/_Interaktiv/altersverteilung-lehrkraefte.html.
- 48 Vgl. Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur: *Einstellungszahlen zum Schuljahresbeginn auf hohem Niveau*, <https://bildung.thueringen.de/aktuell/start-des-schuljahres-2024-2025>.
- 49 Vgl. Thüringer Landtag (2018): *Einstellungen von Lehrern in den Thüringer Schuldienst in den letzten zehn Jahren vor Amtsantritt des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow*, Drucksachennummer 6/6219.
- 50 Vgl. Thüringer Landesamt für Statistik: *Weniger Schüler und Lehrer im Schuljahr 2006/07*, https://statistik.thueringen.de/presse/2007/pr_309_07.html.
- 51 Unsere Initiative hierzu: Afd-Fraktion im Thüringer Landtag (2022): *Integration von Seiteneinsteigern ins Thüringer Schulsystem verbessern, Unterrichtsausfall vermeiden*, Drucksachennummer 7/5522.
- 52 Unsere Initiative hierzu: Afd-Fraktion im Thüringer Landtag (2022): *Eine Pädagogische Hochschule für Thüringen. Lehrerberuf aufwerten, Lehramtsstudium attraktiv und praxisnah gestalten!*, Drucksachennummer 7/6579.

- 53 Vgl. Statistisches Informationssystem Bildung: Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in Thüringen, <https://www.schulstatistik-thueringen.de/html/themen/schueler/migrationshintergrund-thueringen.html>.
- 54 Stanat et al. (2024), S. 305.
- 55 Anger, Christina et al. (2024): INSM-Bildungsmonitor 2024. Potenziale der Zuwanderung im Bildungssystem heben, Institut der deutschen Wirtschaft: Köln, S. 120.
- 56 Unsere Initiative hierzu: AfD-Fraktion im Thüringer Landtag (2025): Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes. Sicherung des Deutschen als gemeinsame Unterrichtssprache, Drucksachennummer 8/293.
- 57 Vgl. Landeskriminalamt Thüringen (2024): Polizeiliche Kriminalstatistik. Jahrbuch 2023, TLKA: Erfurt, S. 49 ff.
- 58 Vgl. Thüringer Lehrerverband (2025): Schulische Gewalt. Thüringer Schulpersonal nach wie vor stark betroffen, <https://tlv.de/pressemitteilungen/schulische-gewalt-thueringer-schulpersonal-nach-wie-vor-stark-betroffen/>.
- 59 Vgl. ebd.
- 60 Vgl. Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (2024): DGUV Barometer Bildungswelt 2024. Gewalt unter Schülerinnen und Schülern, DGUV: Berlin, S. 8.
- 61 Unsere Initiative hierzu: AfD-Fraktion im Thüringer Landtag (2025): Maßnahmenkatalog für den inneren Schulfrieden. Lehrern den Rücken stärken, Tätern die Bühne nehmen, Schulen zu Schutzorten machen!, Drucksachennummer 8/1825.
- 62 Vgl. Mitteldeutscher Rundfunk (2025): Thüringer Schulen müssen massiv sanieren – Rechnungshof spricht von 3,3 Milliarden Euro, <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/schule-sanierungsbedarf-rechnungshof-100.html>.
- 63 Unsere Initiative hierzu: AfD-Fraktion im Thüringer Landtag (2022): Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Sportfördergesetzes – Stärkung des Thüringer Sports, Drucksachennummer 7/5759.
- 64 Vgl. Thüringer Landtag (2025): Schulschließungen und lange Wegzeiten aufgrund von Mindestgrößenregelung, Drucksachennummer 8/1592.
- 65 § 45a Abs. 3 Thüringer Schulgesetz (ThürSchulG)
- 66 Vgl. Hattie, John A. C. (2009): Visible Learning. A synthesis of over 800 meta-analyses relating to achievement, Routledge: New York/London, S. 118 f.
- 67 Guérot, Ulrike (2025): ZeitenWenden. Skizzen zur geistigen Situation der Gegenwart, Westend: Neu-Isenburg, S. 71.
- 68 Thorell, Lisa et al. (2023): Entscheidung über den Vorschlag für eine nationale Digitalisierungsstrategie für das Schulsystem 2023 – 2027, S. 3.
- 69 Vgl. ebd., S. 4.
- 70 Vgl. Kosmyna, Nataliya et al. (2025): Your Brain on ChatGPT. Accumulation of Cognitive Debt when Using an AI Assistant for Essay Writing Task, arXiv preprint [arXiv:2506.08872](https://arxiv.org/abs/2506.08872); Lee, Hao-Ping et al. (2025): The Impact of Generative AI on Critical Thinking. Self-Reported Reductions in Cognitive Effort and Confidence Effects From a Survey of Knowledge Workers, in: CHI Conference on Human Factors in Computing Systems (CHI '25).
- 71 Unsere Initiative hierzu: AfD-Fraktion im Thüringer Landtag (2025): Für eine verantwortungsvolle Digitalisierung an Thüringer Grundschulen – das analoge Lernen bleibt Voraussetzung für den Erwerb fundierter Kenntnisse und Fertigkeiten, Drucksachennummer 8/539.
- 72 Vgl. Thüringer Landesamt für Statistik (2025): Pressemitteilung 180/2025. Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Thüringen 2024 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.
- 73 Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2025): Lage auf dem Ausbildungsmarkt im Juni. Presseinfo Nr. 36, <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/thueringen-mitte/presse/2025-36-lage-auf-dem-ausbildungsmarkt-im-juni>.
- 74 Thüringer Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie (2020): Fachkräfte- und Nachwuchskrätemangel in Zeiten der Bildungsexpansion, Vortrag von Michael Behr m Rahmen der Bildungskonferenz der Stadt Erfurt am 11.3.2020.
- 75 Gehlen (1986): Der Mensch, S. 185.
- 76 Noiré, Ludwig (1877): Der Ursprung der Sprache, Philipp von Zabern: Mainz, S. 341.
- 77 Werkstattschule Jena: Unser Profil, <https://werkstattschulejena.edupage.org/a/unser-profil>.
- 78 Vgl. Statistisches Informationssystem Bildung: Anzahl der Schulen in Thüringen im Überblick.
- 79 Vgl. Stadtverwaltung Sonneberg (2025): Stadtspitze wird das Ausdünnen der Bildungslandschaft in Sonneberg nicht akzeptieren, <https://sonneberg.de/aktuelles/beitrag/stadtspitze-wird-das-ausduennen-der-bildungslandschaft-in-sonneberg-nicht-akzeptieren.html>.
- 80 Vgl. Carl, Casjen (2025): Erfurter Berufsschule verliert zwei Bildungszweige, in: Thüringer Allgemeine, <https://www.thueringer-allgemeine.de/lokales/erfurt/article408679236/erfurter-berufsschule-verliert-zwei-bildungszweige.html>.
- 81 Humboldt, Wilhelm von (1809/10): Über die innere und äussere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin, in: Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin (Hrsg.): Gründungstexte. Festgabe zum 200-jährigen Jubiläum der Humboldt-Universität zu Berlin, Humboldt-Universität zu Berlin: Berlin, S. 229 – 241, hier S. 230.
- 82 Krull, Wilhelm (2015): Humboldt Revisited. Ziele akademischer Bildung in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts, in: Nova Acta Leopoldina, 121:407, S. 109 – 117, hier S. 112
- 83 Vgl. Forschung und Lehre (2023): Jeder zweite Bachelor-Absolvent beginnt ein Masterstudium, <https://www.forschung-und-lehre.de/lehre/jeder-zweite-bachelor-absolvent-beginnt-ein-master-studium-5617>.
- 84 Vgl. ebd.
- 85 Vgl. Kuntz, Erwin et al. (2010): Zweites Positionspapier der Humboldt-Gesellschaft zur Bologna-Vereinbarung, <https://web.archive.org/web/20130912043322/http://www.humboldt-gesellschaft.org/publikationen/positionspapiere-bolognaprozess>.
- 86 Kotchoubey, Boris (2024): Des Mephistopheles' Geschenk. Wissenschaft im goldenen Käfig, in: Buchenau, Klaus & Fechner, Matthias (Hrsg.): Die verlorene Wissenschaft. Versuch einer Katharsis nach Corona, ibidem: Hannover/Stuttgart, S. 51 – 80, hier S. 73.
- 87 Guérot (2025), S. 162.
- 88 Thüringer Rechnungshof (2021): Jahresbericht 2021. Mit Bemerkungen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung und zur Haushaltsrechnung 2019, Thüringer Rechnungshof: Erfurt, S. 108.
- 89 Unsere Initiative hierzu: AfD-Fraktion im Thüringer Landtag (2025): Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes. Sicherung der Vereinigungsfreiheit der Studenten an den Thüringer Hochschulen, Drucksachennummer 8/1039.
- 90 Thielmann, Winfried (2024): Gefahren der Anglisierung von Wissenschaft, in: Ferber, Markus & Mocikat, Ralph (2024): Wissenskommunikation und Landessprache, Hanns-Seidel-Stiftung: München, S. 37 – 47, hier S. 37.
- 91 Vgl. Thüringer Rechnungshof (2020): Jahresbericht 2020. Mit Bemerkungen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung und zur Haushaltsrechnung 2018, Thüringer Rechnungshof: Erfurt, S. 117 f.
- 92 Ebd., S. 116.
- 93 Unsere Initiative hierzu: AfD-Fraktion im Thüringer Landtag (2021): Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Hochschulgebühren- und -entgeltgesetzes. Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer, Drucksachennummer 7/2794.
- 94 Comenius, Johann A. zitiert nach Schäfer, Erich (2007): Die „Pampaedia“ (vor 1670) von Johann Amos Comenius, in: Koerrenz, Ralf et al.: Wegweisende Werke zur Erwachsenenbildung, IKS Garamond: Jena, S. 35 – 48, hier S. 35.
- 95 Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (2025): Erwachsenenbildungsbericht 2024. Bericht zur Entwicklung der Erwachsenenbildung im Freistaat Thüringen und über den Vollzug des Thüringer Erwachsenenbildungsgesetz, Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport: Erfurt, S. 73.
- 96 Ebd.
- 97 Vgl. Fraktionen der CDU, des BSW und der SPD im Thüringer Landtag (2025): Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Erwachsenenbildungsgesetzes, Drucksachennummer 8/1278.
- 98 Vgl. Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (2025), S. 55.
- 99 Unsere Initiative hierzu: AfD-Fraktion im Thüringer Landtag (2025): Gesetz zur Aufhebung des Thüringer Bildungsfreistellungsgesetzes, Drucksachennummer 8/1700.
- 100 Guérot (2025), S. 86.

- | | | |
|----------------------------------|-------------------------------------|------------------------------------|
| Anglisierung 44 | Gleichmacherei 7, 13, 17 | Notensystem 18 |
| Ausländer 26, 27, 38, 43 | Gymnasium 13 | Ökonomisierung 7, 8, 41 |
| Berufsausbildung 35, 37 | Hochschule 8, 39 | Quer- & Seiteneinsteiger 25 |
| duale 35, 37 | Hochschule, pädagogische 26 | Regelschule 13, 37 |
| höhere 36 | Ideologisierung 8, 41 | Schreibschrift 17 |
| Berufsschule 8, 37, 38 | Indoktrination 11, 22, 46 | Schulabbrecher 9 |
| Bildungsplan, Thüringer 11, 22 | Inklusion 12, 14 | Schule, freie 15 |
| Bildungsurlaub 46 | Intelligenz, künstliche 32 | Schulpsychologen 12 |
| Bologna 39, 41 | Islamismus 27 | Schulsanierung 8, 30 |
| Deindustrialisierung 36 | Kernfächer 17 | Schulschließung 13, 30, 38 |
| Deutsch als Zweitsprache 25, 27 | Klassenwiederholung 19 | Schulsozialarbeiter 12, 23 |
| Digitalisierung 31, 32 | Kompetenzorientierung 16 | Schulsystem, gegliedertes 13 |
| Distanzunterricht 31 | Konsens, Beutelsbacher 22 | Schulverwaltungsassistenten 12, 25 |
| Einheitsschule 13, 16 | Lehrerausbildung 13, 25 | Smartphones 33 |
| Erwachsenenbildung 46 | Lehrermangel 8, 24, 38 | Spezialgymnasium 14 |
| Erzieher 25 | Leistungsfeststellung, besondere 20 | Sport 20 |
| Extremismus 9, 12, 42 | Lernen, händisches 21, 32, 36 | Sportstättenförderung 30 |
| Fachkräftemangel 35, 37 | Lesen durch Schreiben 17 | Studiengebühren 44 |
| Fachpraxislehrer 26, 38 | Massenzuwanderung 8, 26, 27, 28 | Studierendenschaften, verfasste 41 |
| Förderschule 14 | Mobbing 27 | Unterrichtsausfall 9 |
| Fort- & Weiterbildung 26, 38, 46 | Musik 21 | Werkunterricht 37 |
| Frühsexualisierung 11, 23 | NGO 23, 46 | Wissenschaftsfreiheit 41 |
| Gendersprache 24 | Noteninflation 19 | |
| Gewalt 27, 28 | | |



www.afd-thl.de

Sie finden uns in den sozialen Medien



AfD-Fraktion Thüringen

QR-Code scannen für
Social-Media-Kanäle



AfD-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1 • 99096 Erfurt
info@afd-thl.de • 0361 377 2469